

19. Wahlperiode



Deutscher Bundestag
Ausschuss für Menschenrechte und
humanitäre Hilfe

Wortprotokoll der 19. Sitzung

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Berlin, den 28. November 2018, 15:00 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Paul-Löbe-Haus, Saal PLH E.600

Vorsitz: Gyde Jensen, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Tagesordnungspunkt 1 **Seite 9**

Öffentliche Anhörung zum Thema:

Verdrängte Ethnien - bedrohte Völker



Geladene Sachverständige

Prof. Dr. Dr. h.c. Heiner Bielefeldt

Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg
Institut für Politische Wissenschaft
Lehrstuhl für Menschenrechte und Menschenrechtspolitik

Ulrich Delius

Direktor der Gesellschaft für bedrohte Völker e. V.

Schwester Hatune Dogan

Hatune Foundation, Warburg

Prof. Dr. Gudrun Hentges

Universität zu Köln
Humanwissenschaftliche Fakultät

Prof. Dr. Mouhanad Khorchide

Westfälische Wilhelms-Universität Münster
Zentrum für Islamische Theologie

Prof. Dr. Michael Reder

Hochschule für Philosophie München
Lehrstuhl für Praktische Philosophie
mit dem Schwerpunkt Völkerverständigung

Prof. Dr. Dr. Thomas Schirrmacher

Direktor des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit



Fragenkatalog der Fraktionen

I. Beschreibung des Istzustandes

1. Verdrängung, Diskriminierung und Bedrohung religiöser Minderheiten stellen eine Verletzung des elementaren Menschenrechts auf Religionsfreiheit dar. Wo sehen Sie weltweit aktuell dieses Menschenrecht am stärksten bedroht und wo liegen hierfür jeweils Gründe und Ursachen? (CDU/CSU)
2. Wie wird die gesellschaftliche Vielfalt und Gleichberechtigung von Geschlecht und Religion, die hierzulande stark propagiert wird, in islamischen Ländern umgesetzt? (AfD)

II. Analyse der Ursachen

3. Warum gibt es in christlichen Ländern das Phänomen, dass Moscheen gebaut werden, während in Ländern wie der Türkei der Neubau von Kirchen strikt verboten ist? (AfD)
4. In welcher Weise beeinflussen Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung das Leben von Minderheiten (u.a. Muslimen, People of Color, Juden) in Deutschland und Europa? (DIE LINKE.)
5. Welche Rolle spielen dabei Formierungen, Bewegungen, Parteien, die am rechten Rand des politischen Spektrums anzusiedeln sind und die von ihnen geprägten Diskurse? (DIE LINKE.)
6. Welche systematischen ökologischen, sozialen und ökonomischen Ursachen führen zu Verdrängung von Völkern weltweit? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
7. Wie häufig sind Rassismus und ethnisch konnotierte Vorstellungen Ursache von Verdrängung und Diskriminierung wie bspw. Islamfeindlichkeit weltweit? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

III. Strategien und Maßnahmen

8. Die zunehmende Migration nach Europa stellt auch den Zusammenhalt der Gesellschaft vor neue Herausforderungen. Wie können Religionsgemeinschaften dazu beitragen, diesen Zusammenhalt zu fördern? (CDU/CSU)
9. Müssen insbesondere die Rechte von Individuen oder von Kollektiven geschützt werden? (SPD)
10. Nach welchen Kriterien sollen Minderheiten (unseren) Schutz erhalten? (SPD)



11. Welchen Stellenwert messen Sie Mitteln der Völkerverständigung als Präventionsmaßnahme zur Verringerung von Bedrohungslagen gegenüber bedrohten Völkern bei? (FDP)
12. Welche Rolle können dabei insbesondere Dialogprozesse spielen? Welche Positivbeispiele würden Sie in diesem Zusammenhang als nachahmenswert bezeichnen? (FDP)



Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Altenkamp, Norbert Maria Brand (Fulda), Michael Brehm, Sebastian Heinrich (Chemnitz), Frank Patzelt, Martin Zimmer, Prof. Dr. Matthias	Brodesser, Dr. Carsten Damerow, Astrid Kuffer, Michael Leikert, Dr. Katja Motschmann, Elisabeth Schipanski, Tankred
SPD	Heinrich, Gabriela Özoguz, Aydan Schwabe, Frank	Mützenich, Dr. Rolf Ortleb, Josephine Vogt, Ute
AfD	Braun, Jürgen Herdt, Waldemar	Friesen, Dr. Anton Frohnmaier, Markus
FDP	Jensen, Gyde Köhler, Dr. Lukas	Dassler, Britta Katharina Lambsdorff, Alexander Graf
DIE LINKE.	Brandt, Michel Nastic, Zaklin	Buchholz, Christine Jelpke, Ulla
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Bause, Margarete Gehring, Kai	Amtsberg, Luise Polat, Filiz

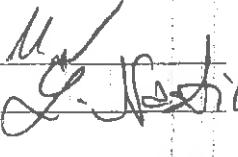


**Sitzung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
(17. Ausschuss)**

Mittwoch, 28. November 2018, 15:00 Uhr

Es gelten die Datenschutzhinweise unter: <https://www.bundestag.de/datenschutz>

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>CDU/CSU</u>		<u>CDU/CSU</u>	
Altenkamp, Norbert Maria		Brodesser Dr., Carsten	
Brand (Fulda), Michael		Damerow, Astrid	
Brehm, Sebastian		Kuffer, Michael	
Heinrich (Chemnitz), Frank		Leikert Dr., Katja	
Patzelt, Martin		Motschmann, Elisabeth	
Zimmer Dr., Matthias		Schipanski, Tankred	
<u>SPD</u>		<u>SPD</u>	
Heinrich, Gabriela		Mützenich Dr., Rolf	
Özoğuz, Aydan		Ortleb, Josephine	
Schwabe, Frank		Vogt, Ute	
		Dr. S. De Ridder	
<u>AfD</u>		<u>AfD</u>	
Braun, Jürgen		Friesen Dr., Anton	
Herdt, Waldemar		Frohnmäier, Markus	

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>FDP</u> Jensen, Gyde Köhler Dr., Lukas		<u>FDP</u> Dassler, Britta Katharina Lambsdorff, Alexander Graf	
<u>DIE LINKE.</u> Brandt, Michel Nastic, Zaklin		<u>DIE LINKE.</u> Buchholz, Christine Jelpke, Ulla	
<u>BÜ90/GR</u> Bause, Margarete Gehring, Kai		<u>BÜ90/GR</u> Amtsberg, Luise Polat, Filiz	

**Ministerium bzw.
Dienststelle**
(bitte in Druckschrift)

Name (bitte in Druckschrift)

Unterschrift

Amts-be- zeich- nung

BMZ/RFB

Bartoli

GRÜBEL, Markus

1

Unterschrift



大正



Tagesordnungspunkt 1

Öffentliche Anhörung zum Thema:

Verdrängte Ethnien - bedrohte Völker

Vorsitzende **Gyde Jensen** (FDP): Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich würde Sie bitten, Platz zu nehmen, damit wir relativ pünktlich anfangen können. Herzlich willkommen zu unserer ersten öffentlichen Anhörung in dieser Legislaturperiode zum Thema „Verdrängte Ethnien - bedrohte Völker“. Ich möchte dazu natürlich vor allem auch unsere Sachverständigen herzlich willkommen heißen und ihnen dafür danken, dass Sie heute Zeit gefunden haben, um mit uns über dieses Thema zu diskutieren. Ein herzliches Willkommen an Sie alle: Prof. Dr. Dr. h.c. Heiner Bielefeldt, Herr Ulrich Delius, Schwester Hatune Dogan, Prof. Dr. Gudrun Hentges, Prof. Dr. Mouhanad Khorchide, Prof. Dr. Michael Reder, und Prof. Dr. Dr. Thomas Schirmacher. Außerdem möchte ich nicht versäumen, die Mitglieder des Bundestages aus anderen Ausschüssen zu begrüßen, die heute zu uns gekommen sind, unter anderem Frau Alt und Frau Dr. de Ridder aus dem Auswärtiger Ausschuss. Frau Dr. de Ridder ist dort die stellvertretende Vorsitzende. Der Beauftragte der Bundesregierung für Religionsfreiheit, Herr Grübel, ist ebenfalls zu uns gekommen. Herrn Hampel, ebenfalls Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, habe ich noch nicht gesehen. Herrn Peterka aus dem Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz und Herrn Oehme jeweils einmal aus dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Liebe Zuhörer auf der Galerie, herzlich willkommen auch an Sie. Ich möchte gern vorab ein paar Dinge in Erinnerung rufen bzw. erklären, weil dies nicht nur für mich, sondern auch für einige meiner Kolleginnen und Kollegen die erste öffentliche Anhörung ist. Wir haben im Ausschuss für Menschenrechte jeweils ein halbjährlich gewähltes Schwerpunktthema, dass jede Fraktion einmal in der Legislaturperiode wählen darf. Den Anfang hat die AfD-Fraktion gemacht, und zwar genau mit dem Thema, zu dem wir heute die Anhörung durchführen. Im Zeichen dieses Schwerpunktthemas hat auch die Delegationsreise nach Ägypten gestanden, die der Ausschuss vor

14 Tagen unternommen hat. Dazu noch ein kurzer Ausblick auf die kommenden Themen: Wir werden uns im ersten Halbjahr 2019 mit dem Schwerpunktthema der CDU/CSU-Fraktion beschäftigen, nämlich mit dem Thema „Religionsfreiheit – Die menschenrechtliche Lage religiöser Minderheiten in China“ Im Anschluss daran hat die SPD für das zweite Halbjahr 2019 das Thema „Straflosigkeit“ gewählt. Das sind zwei sehr interessante und zugleich unterschiedliche Themen, auf die ich mich persönlich sehr freue. Heute soll es aber um „Verdrängte Ethnien – bedrohte Völker“ gehen. Ferner möchte ich darauf hinweisen, dass diese Sitzung öffentlich ist. Sie wird aufgezeichnet. Das sehen Sie auch an den Kameras, die im Raum aufgestellt sind. Die Aufzeichnung wird dann zeitversetzt ab 17.30 Uhr im Parlamentsfernsehen auf Kanal 2 ausgestrahlt. Für diejenigen, die das dort nicht mitverfolgen könne, besteht die Möglichkeit, die Aufzeichnung über einen Link in der Mediathek des Deutschen Bundestages abzurufen. Außerdem möchte ich von den Ausschussmitgliedern ihr Einverständnis einholen, dass den Abgeordneten aus den anderen Ausschüssen, die ich gerade begrüßt habe, ebenfalls Rede- bzw. Fragerecht eingeräumt wird. Dazu sehe ich keinen Widerspruch. Außerdem möchte ich Sie darauf hinweisen, dass von dieser Sitzung, wie bei Anhörungen üblich, ein Wortprotokoll angefertigt wird. Nun noch für Sie ein weiterer Hinweis: Die Sachverständigen haben den Mitgliedern unseres Ausschusses sowie der mit eingeladenen Ausschüsse vorab ihre schriftlichen Stellungnahmen zur Verfügung gestellt. Sofern die Sachverständigen dem zugestimmt haben, werden diese Stellungnahmen auf die Internetseite des Ausschusses eingestellt. Dann habe ich noch eine Bitte an die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie und auch vielleicht hier unten im Saal. Fotos sind natürlich gestattet. Ich würde Sie dennoch bitten, und zwar im Interesse der Tagungsdisziplin und um möglichst Unruhe zu vermeiden, ihre Fotos eher zu Beginn der Sitzung zu machen. Danach sollten wir dann gemeinsam die Anhörung verfolgen. Jetzt zum Ablauf: Wir haben uns im Obleutegespräch des Ausschusses am 10. Oktober 2018 darauf verständigt, folgendermaßen vorzugehen: Wir hören zunächst die Statements der Sachverständigen, und zwar in alphabetischer Reihenfolge. Jedes Eingangsstatement darf fünf



Minuten nicht überschreiten. Dafür werden Sie oben eine Uhr eingeblendet sehen, damit wir alle wissen, wie viel Zeit noch zur Verfügung steht. Ansonsten würde ich Sie freundlich, aber irgendwann auch bestimmt darauf hinweisen, dass Ihre fünf Minuten – bzw. später bei den Fragen Ihre zwei Minuten – abgelaufen sind. An die Eingangsstatements schließt sich eine Frage- und Antwortrunde an, bei der wir nach dem üblichen Verfahren, wie wir es auch bei den Debatten im Ausschuss praktizieren, vorgehen – nämlich Rede und Gegenrede. Danach würde die Unionsfraktion mit ihren Fragen beginnen. Nun noch einmal zur Erläuterung für die Kolleginnen und Kollegen aus den Ausschüssen: Sie haben für Ihre Fragen an bis zu zwei Sachverständige zwei Minuten Zeit. Sie können sich die Fragen auch unter den Kollegen aufteilen, aber die zwei Minuten sollten dennoch bitte nicht überschritten werden. Im Anschluss würde ich direkt den befragten Sachverständigen das Wort erteilen, die dann wiederum fünf Minuten Zeit für die Beantwortung der Fragen haben und so weiter. Wir wollen versuchen, insgesamt zwei Fraktionsrunden zu realisieren. Jetzt freue ich mich auf die Diskussion mit Ihnen und würde als Ersten Herrn Professor Bielefeldt um sein Statement bitten.

SV Prof. Dr. Dr. h.c. Heiner Bielefeldt (Friedrich-Alexander-Universität, Erlangen-Nürnberg): Ganz herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. Das Thema, das wir uns hier vorgenommen haben – das thematische Feld der verdrängten Ethnien oder bedrohten Völker – ist riesengroß. Es stellen sich Fragen nach indigenen Völkern, nach ethnischen, aber auch nach religiösen Minderheiten. Letzteres war vom Thema her vielleicht nicht so klar zu erwarten, aber die Fragen, die uns gestellt worden sind, lassen dies deutlich erkennen. Es handelt sich nicht nur um ein großes, ein riesiges Themenfeld, sondern auch um ein Themenfeld von enormer Bedeutung. Ich will zunächst mit einigen Beispielen beginnen und damit exemplarisch deutlich machen, wie komplex die Situation ist. Wir könnten zum Beispiel – und das ist offenbar in einer weiteren Anhörung vorgesehen – über religiöse Minderheiten in China sprechen. Dazu zählen christliche Minderheiten, vor allem Protestanten, aber auch Buddhisten – nicht nur in Tibet – sowie Muslime.

Die Lage in Xinjiang ist jetzt zu Recht stärker in den Fokus gerückt. Es herrschen dort fürchterliche Zustände. Wir könnten und müssten auch über die Jesiden und die Christen im Irak oder in anderen Nahost-Ländern sprechen, aber auch über schiitische Minderheiten in Saudi-Arabien, über die Bahai-Gemeinde, die nicht nur im Iran schon lange verfolgt wird, sondern zunehmend auch im Jemen. Wir könnten auch über Gruppen sprechen, die kaum jemand kennt, etwa über unabhängige Cao Dai in Vietnam, die sich in einer ganz schwierigen Situation befinden, die bislang überhaupt keine Beachtung gefunden hat oder über indigene Völker in Bangladesch, bei denen es sich häufig um Buddhisten oder Christen handelt. Ich verweise des Weiteren auf die Zeugen Jehovas in Russland, deren Gemeinden zerstört worden sind, auf die Rohingya in Myanmar, auf koptische Christen und andere christliche Minderheiten in Ägypten sowie auf Baptisten in Eritrea. Es gibt aber auch Angriffe auf Juden in unseren Breiten. Antisemitismus ist ein Thema, das leider wieder an Brisanz gewonnen hat. Beachtung verdient ferner die Lage der Ahmadi, Muslime, Hindus und Christen in Pakistan. Sie sehen, die Liste will ja gar nicht enden, aber ich breche hiermit ab. Ich wollte einfach deutlich machen, es ist ein sehr komplexes Thema, das man sich genau anschauen muss. Jetzt ein systematischer Punkt, mit dem ich dann im Grunde schon schließen möchte, denn die Zeit ist knapp und wertvoll. Zu Recht finden Minderheiten unsere besondere Aufmerksamkeit in der Menschenrechtspraxis, denn für Minderheiten gilt, dass sie typischerweise in erhöhtem Maße vulnerabel sind. Aber, das ist mein Punkt, Menschenrechte sind nicht nur Minderheiteninteressen. Auch das Recht auf Religionsfreiheit, das mich ganz besonders beschäftigt hat, betrifft nicht ausschließlich religiöse Minderheiten, obwohl die Sensibilität für deren Lage besonders wichtig ist und bleibt. Nein, es geht auch um Mehrheiten. Die Religionsfreiheit – Ähnliches lässt sich für andere Rechte sagen – ist auch für religiöse Mehrheiten interessant. Für Minderheiten geht es manchmal um Leben und Tod, um alles oder nichts, um die ganz fundamentalen Fragen. Für Mehrheiten sieht es etwas anders aus, aber auch für sie steht etwas auf dem Spiel, nämlich ihre Glaubwürdigkeit. Das kann man in Russland sehen. Also auch für



Mehrheiten, für religiöse Mehrheiten, ist die Religionsfreiheit wichtig. Sie hat das Potenzial, deutlich zu machen, dass die religiöse Mehrheit nicht einfach an der kurzen Leine der Regierung gehalten wird, sie kann wichtige Abstände markieren. Das ist mir auch deshalb wichtig zu betonen, weil wir in der Gefahr stehen, eine Ansicht zu vertreten, die außerordentlich gefährlich wäre, nämlich dass die Menschenrechte primär Minderheiteninteressen betreffen und die Demokratie dann primär die Mehrheitsinteressen. So können Menschenrechte und Demokratie zunehmend in Konflikt geraten. Das ist eine außerordentlich gefährliche Fehl wahrnehmung. Deshalb müssen wir hier Vorsicht walten lassen. Deshalb stelle ich das an den Anfang, denn bei einem Gegeneinander von Demokratie (= Mehrheit) und Menschenrechten (= Minderheit) würden beide verlieren. Es würde die Demokratie verlieren, und es würden die Menschenrechte verlieren. Menschenrechte sind Rechte aller Menschen. Natürlich – ich sagte das am Anfang, und ich sage es noch einmal – verdienen Minderheiten aufgrund ihrer vulnerablen Situation unsere besondere Aufmerksamkeit, unser besonderes Engagement, unsere besondere Solidarität. Der Umgang mit Minderheiten hat immer den Charakter einer Testfrage nach der Atmosphäre in einer Gesellschaft. Wie steht es um Menschenrechtskultur in einer Gesellschaft, aber auch über die einzelne Gesellschaft hinaus? Menschenrechte sind universale Rechte. Und für die Demokratie gilt dies analog. Die Demokratie kennt natürlich das Mehrheitsprinzip als Entscheidungsregel, aber es bleibt eben wichtig, dass die Demokratie auch den öffentlichen Raum offen hält. Dafür sind Institutionen, Standards, Menschenrechte nötig, um den Raum gegen einen identitätspolitischen Kollaps offenzuhalten bzw. gegen den Durchmarsch der Mehrheit, der es Minderheiten vielleicht unmöglich machen würde, den öffentlichen Raum angstfrei und diskriminierungsfrei zu betreten. Das heißt, es geht beim Thema Menschenrechte und Demokratie um die gemeinsamen Anliegen, und daher ist es vielleicht ganz gut, dies am Anfang noch einmal prinzipiell klarzustellen – bei aller notwendigen Fokussierung auf Minderheiten. Wenn wir uns über Menschenrechte Gedanken machen, dann geht es immer auch um unsere

politische Kultur, um die Kultur der Demokratie, die nicht durch eine Politik der Engherzigkeit und Engstirnigkeit stranguliert werden darf, und deshalb haben Minderheitenfragen notwendigerweise den Charakter einer Testfrage für uns alle.

Vorsitzende **Gyde Jensen** (FDP): Vielen Dank, Herr Professor Bielefeldt. Ich habe übrigens versäumt zu sagen, dass Sie vom Lehrstuhl für Menschenrechte und Menschenrechtspolitik an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg kommen. Als nächstes würde ich Sie, Herr Delius, um Ihr Statement bitten. Sie sind Direktor der Gesellschaft für bedrohte Völker.

SV Ulrich Delius (Direktor der Gesellschaft für bedrohte Völker e. V.): Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Abgeordnete: Die UNESCO, die Weltkulturorganisation der Vereinten Nationen, hat festgestellt, dass rund alle zwei Wochen eine Sprache auf dieser Welt verschwindet. Sprachen sind meist auch identitätsstiftend, das heißt, wir können davon ausgehen, dass nicht nur die jeweilige Sprache verschwindet, sondern auch die Gruppe, die sie spricht. Wenn wir uns heute die Nachrichtenlage anschauen, da steht die Krim im Vordergrund, Xinjiang wird auch immer mal wieder erwähnt, die Lage der Rohingya, die Situation in Mali – kurzum, alle diese Konflikte haben irgendwie mit Nationalitäten, mit Minderheitenrechten oder den Rechten ethnischer Gruppen zu tun. Zwei Drittel aller Konflikte auf der Welt haben entweder eine ethnische oder eine religiöse Dimension. Insofern ist das Thema dieser Anhörung sicher gut gewählt, aber es ist auch wichtig, mit diesem Thema differenziert umzugehen, weil die Situation in jeder Region, in jedem Land anders ist und andere Hintergründe hat. Bei Ihren Fragen stand der Themenbereich religiöse Verfolgung stark im Vordergrund. Für uns als Menschenrechtsorganisation steht fest, dass das Recht auf Religionsfreiheit universell und unteilbar ist, und das gilt gleichermaßen für Buddhisten, Christen, Bahai, Muslime, Hindu oder welche Religion auch immer. Wir müssen uns auch damit auseinandersetzen, dass mit Religion viel Missbrauch betrieben wird. Das heißt, wir müssen genau prüfen, ob es bei dem,



was als Religionskonflikt dargestellt wird, tatsächlich um einen Konflikt mit einer religiösen Dimension handelt oder ob hier ein Etikettenschwindel betrieben wird. Ethnische Gruppen können durch ganz unterschiedliche Faktoren bedroht sein. Es ist mir daher wichtig, dies vorab noch einmal deutlich zum Ausdruck zu bringen. Es gibt externe und interne Faktoren, es gibt staatliche Verfolgung zum Beispiel als externen Faktor, aber auch Verfolgung durch nichtstaatliche Akteure in vielen Krisengebieten der Welt. Es gibt aber auch interne Faktoren, wie zum Beispiel den gesellschaftlichen Wandel, der viele Gruppen vor die Frage stellt, wie es mit ihnen weitergeht. Das können auch Generationenkonflikte sein, aber auch Rollenkonflikte oder Konflikte über neue Werte. Wir haben es also mit einem sehr vielschichtigen Problemfeld zu tun. Nehmen wir eine Gruppe heraus, Professor Bielefeldt hatte sie gerade schon angesprochen: die indigenen Völker. Indigene Völker, das sind rund 6.000 Gruppen weltweit, mit rund 450 Millionen Menschen. Allein in Indien gibt es rund 110 Millionen indigene Adivasi, das sind also schon viel mehr Menschen, als in unserem Land leben. Wir sprechen somit nicht nur über die Sentinelesen, 50 Menschen, die um ihr Überleben kämpfen, sondern auch über sehr große Gruppen, die zum Teil auch eine große Bedeutung in ihren Ländern haben. Die Bedrohungslage dieser indigenen Völker ist sehr komplex, sie lässt sich nicht auf die Bedrohung ihrer physischen Existenz reduzieren. Es gibt wirtschaftliche, geografische und klimatische Faktoren, die sich erschwerend auswirken. Es gibt auch Konflikte, von denen die Indigenen betroffen sind, weil sozusagen über ihre Köpfe hinweg gekämpft wird und sie in diese Kämpfe hineingezogen werden. Es gibt auch das Problem der Marginalisierung durch die Mehrheit, die einfach nicht anerkennt, dass diese Gruppen ein Überlebensrecht haben. Uns ist es wichtig, auch mit konkreten Anregungen zu Ihnen zu kommen und nicht nur zu beklagen, wie schlimm die Situation ist. Wir wollen deutlich machen, dass Deutschland etwas tun kann und auch tun muss, um die indigenen Völker besser zu schützen. Wenn wir uns den Koalitionsvertrag anschauen, dann lesen wir dort, dass die ILO-Konvention 169 endlich ratifiziert werden soll. Dies ist ein Herzensanliegen vieler von Ihnen hier im

deutschen Parlament, die schon lange dafür streiten. Die Ratifizierung könnte ein wichtiges Zeichen sein – auch für deutsche Unternehmen, die im Ausland tätig sind –, die Interessen der indigenen Völker und die Standards, die entwickelt worden sind, ernster zu nehmen. Im Übrigen sprechen wir häufig von ziviler Konfliktprävention. Es ist so etwas wie ein Zauberwort in der deutschen Außenpolitik. Dabei wäre es wichtig, Minderheitenrechte in der Außenpolitik stärker zu berücksichtigen, weil wir sagen: Wer Minderheitenrechte schützt, der agiert auch auf eine Weise, die dazu beiträgt, Konflikte in Zukunft zu verhindern. Wir brauchen hier einen stärker vorausschauenden Blick. Denn häufig werden wir erst aktiv, wenn der Konflikt schon angefangen hat.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank, Herr Delius. Ich möchte Sie bitten, Ihre Mikrofone wieder auszumachen, damit es nicht zu einer Rückkopplung kommt. Als nächste würde ich Schwester Dogan um Ihr Statement bitten.

Schwester **Hatune Dogan** (Hatune Foundation, Warburg): Grüß Gott, sehr geehrte Damen und Herren. Ich bedanke mich ganz herzlich, dass ich heute hier sein darf. Ich bin Schwester Hatune. Ich bin in der Südost-Türkei geboren, in dem Dorf Saas in der Rabdin-Region. Rabdin bedeutet „Berg der Einsiedler“. Bis heute sind nirgendwo so viele Kirchen und Klöster gebaut worden wie in dieser Gegend. Ich bin von dort geflüchtet. Ich bin jetzt Deutsche. Ich habe eine Stiftung gegründet, und mein Lebensmotto lautet gemäß Matthäus 25, 40, „Jesus sagt: Was du dem geringsten Mitmenschen getan hast, hast du für mich getan.“ Jesus hat keinen Unterschied gemacht, und wer bin ich, dass ich einen Unterschied mache. Rasse, Religion, Farbe spielen bei uns keine Rolle. Wir sind überall auf der Welt tätig. Wir versuchen, den Menschen zu geben, was sie brauchen bzw. den Ärmsten der Armen und den am schlimmsten Unterdrückten auf der Welt das zu bieten, was uns mit unseren Spenden möglich ist, nämlich Wasser, Nahrung, Kleidung, Medizin, Häuser. Das ist es, was wir auf der ganzen Welt tun. Ich komme nun zu meiner eigenen Geschichte. Ich bin selbst Angehörige eines bedrohten Volkes, nämlich des Volkes der Aramäer. Aramäer,



Chaldäer, Assyrer und Armenier sind sehr stark bedroht, weil sie – mit Ausnahme der Armenier, die ja Armenien haben – kein eigenes Land besitzen. Ich gehöre der syrisch-orthodoxen Kirche an, wir haben keinen Platz auf der Welt, obwohl wir ein Urvolk, das aramäische Volk, im Nahen Osten sind. Wie Sie alle wissen, war der Nahe Osten bis zum Anfang des 9. Jahrhundert zu 96 Prozent christlich, der Rest waren Juden und Jesiden. Heute machen diese Religionsgemeinschaften noch zwei Prozent aus, und sie werden nicht in Ruhe gelassen. Wo ist dieses Volk geblieben? Ich bin in einem rein christlichen Dorf aufgewachsen. 1976 musste ich zur Schule gehen, und zwar auf eine türkische Schule. Ich bin Aramäerin, meine Sprache ist Aramäisch, die Jesussprache. Meine Sprache und meine Religion als Christin waren aber strikt verboten, selbst in den Schulpausen war es mir verboten, aramäisch zu sprechen. In der dritten Klasse hat einer meiner Mitschüler eine aramäische Silbe an die Tafel geschrieben. Plötzlich kam der Lehrer und hat geschrien: Ihr dürft ab heute nicht mehr in die Kirche gehen, ihr seid Soldaten des türkischen Staates. Jemand hat an die Tafel eine aramäische Silbe geschrieben. Das dürft ihr nicht. Er hat gefragt, wer dies getan habe. Aber wir haben den Mitschüler nicht verraten. Dann mussten wir alle aufstehen, alle 24 Kinder, und haben mit einem Metermaß aus Stahl Schläge bekommen. Allerdings waren wir das schon gewohnt. Der Lehrer war Moslem, denn in der Türkei darf kein Christ oder sonstiger Andersgläubiger Beamter werden. Wir haben jeden Freitag Schläge bekommen, weil wir nicht am Koranunterricht teilgenommen haben. Das wurde für uns fast zur Gewohnheit. Einmal mussten wir wieder an die Tafel wegen dieser Silbe. Alle wurden wir geschlagen. Eine von uns hat aus Angst die Hand zurückgezogen, sie wurde geschlagen, bis die Hand rot wurde, eine Blutblase platzte und Blut floss. Und dies alles wegen einer einzigen aramäischen Silbe an der Tafel. Da können Sie sich vorstellen, welche Rechte wir dort hatten und haben bis heute. Mein Vater hat von 1960 bis 1962 in der Türkei Militärdienst geleistet. Er gehörte zu den drei Christen unter 700 Moslems. Die haben ein Extrakommando bekommen. Sie wurden am härtesten von allen behandelt, es ist ein Wunder, dass sie am Leben geblieben sind. Mein Vater durfte nicht einmal

seine gebrauchte Kleidung in die Wäsche geben, weil es hieß, dass dadurch die Wäsche der anderen verunreinigt werde. Auch die Dusche durfte er nicht benutzen, weil man Angst vor der Verunreinigung durch einen Ungläubigen hatte. Gott sei Dank war da ein Fluss, in dem er sich waschen konnte. Mein Bruder hat dieselben Schikanen erlebt, obwohl er dem Staat von 1981 bis 1983 gedient hat wie alle anderen. Wir als Christen haben den Geburtstag eines Mannes erst nach seinem Militärdienst gefeiert, weil die Hälfte unserer Brüder oder unserer Väter nicht lebendig oder halb tot nach Hause gekommen sind, und dies nur deshalb, weil sie Christen sind, nicht weil sie im Krieg gefallen wären. Sie sind von den eigenen Kameraden gequält worden, nur weil sie zum christlichen Glauben gehörten. Die Situation in der Türkei hat sich dort, wo ich herkomme, bis heute nicht viel verbessert. Da hat man Angst, dass jeden Moment etwas passieren kann; es ist ein Kriegsgebiet und leider engagiert sich die Türkei hier in allen Bereichen. Wir als Christen versuchen, in unserer Heimat irgendwie wieder Fuß zu fassen, weil uns das Herz blutet. Zwar haben unsere Vorfahren schon vor tausenden von Jahren dort gelebt, aber wir haben Angst zurückzukehren, weil die Menschenrechte der Minderheiten dort mit Füßen getreten werden. Ich bitte dieses Gremium um Unterstützung, solange es dort im Nahen Osten keine Menschenrechte und keine Religionsfreiheit gibt, nur Krieg und Horror.

Die Vorsitzende: Entschuldigung für die Unterbrechung, Schwester Hatune, aber wir müssen jetzt ein bisschen darauf achten, dass die fünf Minuten nicht zu sehr überschritten werden. Als nächstes kommt das Statement von Frau Professor Hentges.

SV Prof. Dr. Gudrun Hentges (Universität zu Köln): Vielen Dank für die Einladung. Ich schließe mich meinen Vorrednern an. Es handelt sich um ein absolut relevantes Thema, das heute Gegenstand der Anhörung ist, denn in verschiedenen Regionen der Welt haben sich im Laufe der letzten Jahre autoritäre Regime etabliert. Fundamentalistische und islamistische Bewegungen verletzen systematisch Menschenrechte. Menschen werden verfolgt



aufgrund Ihrer Zugehörigkeit zu einer vermeintlichen Rasse, Religion, Nationalität, aufgrund der Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe, aufgrund ihres Geschlechts, aufgrund ihrer sexuellen Identität oder aufgrund ihrer politischen Überzeugung. Das sind die Kriterien, die wir auch in Artikel 1 der Genfer Flüchtlingskonvention nachlesen können. Zunächst ist es wichtig, noch einmal über die Ursachen zu sprechen. Taten wie Verdrängung, Bedrohung, Verfolgung oder Diskriminierung werden verübt im Namen eines religiösen Fundamentalismus oder des Islamismus, aber auch aufgrund eines ethnischen Nationalismus, der geleitet wird von dem Ziel einer Herstellung von ethnischer Homogenität. Rassismus fungiert als Legitimationsideologie im Sinne einer Rassenkonstruktion und von der Vorstellung einer unterschiedlichen Wertigkeit verschiedener vermeintlicher Rassen. Es gibt aber auch Verdrängung, Diskriminierung, Verfolgung aufgrund von Antisemitismus, der seine Wurzeln im christlichen Mittelalter hat und der sich im 19. Jahrhundert dahingehend verändert hat, dass aus einem christlichen Antijudaismus ein biologistischer oder biologischer Antisemitismus wurde. Nicht zuletzt gibt es einen Rassismus im Sinne einer Ideologie und einer Praxis, die von der Überlegenheit von Männern gegenüber Frauen ausgeht und die den Männern zubilligt, über die Körper von Frauen verfügen und über ihre Sexualität bestimmen zu können, aber auch über das Leben der Frauen innerhalb und außerhalb der Familien sowie über ihre Mobilität. Dazu eine Zahl: Es gibt 200 Millionen Opfer von weiblicher Genitalverstümmelung allein in Subsahara, Ägypten und Irak. Dabei ist von anderen Regionen in der Welt noch gar nicht die Rede. Diese Ideologien der Ungleichheit, wie ich sie nenne, finden sich weltweit. Sie finden sich auf allen Kontinenten. Sie finden sich in den verschiedensten Ländern. Sie treten in Reinform auf oder auch in Mischformen, sie stehen in einem Wechselverhältnis zueinander, sie sind miteinander verflochten und sie stehen in einem historischen Zusammenhang mit Kolonialismus, Postkolonialismus oder Nationalsozialismus. Es käme im Rahmen dieser Anhörung einer Herkulesaufgabe gleich, diese unterschiedlichen Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit – ein Begriff, der von

Wilhelm Heitmeyer geprägt wurde – allesamt zu thematisieren. Aus diesem Grund möchte ich mich auf die bundesdeutschen und die europäischen Verhältnisse konzentrieren, weil wir hier zurzeit eine Konjunktur von rechtspopulistischen Bewegungen und Parteien, aber auch von Bewegungen und Parteien der extremen Rechten erleben. Zugleich erleben wir im Moment eine Belebung der Ideologie der Ungleichheit. Ich habe mir im Vorfeld einmal den Grundrechtebericht 2018 der Grundrechtagentur mit Sitz in Wien angeschaut. Darin heißt es: „Trotz des starken Rechtsrahmens durch die Richtlinie der Gleichbehandlung ohne Unterschied der Rasse zeigen die aktuellen Ergebnisse, dass ein erheblicher Anteil an Emigranten sowie ethnischen Minderheiten einen hohen Grad an Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft, aufgrund des Migrationshintergrundes erlebt oder auch aufgrund von vermeintlichen Merkmalen wie Hautfarbe oder Region.“ „Die Ergebnisse“, so heißt es weiter in diesem Bericht, „lassen deutlich werden, dass sich die Situation im Laufe von acht Jahren keineswegs verbessert, sondern tendenziell eher verschlechtert hat.“ Der Anteil der Befragten, die solcherart Diskriminierung erfahren haben, bleibt weiterhin auf einem sehr hohen Niveau, das Anlass zur Sorge gibt. Eine weitere Erkenntnis des Berichts besteht darin, dass die Befragten keine Organisation kannten, die ihnen im Falle von Diskriminierungserfahrungen Unterstützung oder Beratung anbieten würde. Ebenso wenig kannten die Betroffenen eine Gleichbehandlungsstelle. Das sagt sehr viel aus über die derzeitige Situation in Europa. Wenn ich nun von Europa zur Situation in Deutschland übergehe, dann möchte ich Bezug nehmen auf eine Studie, die vor wenigen Tagen in der Bundespressekonferenz vorgestellt wurde, und zwar die so genannte Mittelstudie, die unter dem Titel „Flucht ins Autoritäre“ erschienen ist. Ein Ergebnis dieser Studie lautet, dass das Symptom der geschlossenen manifesten Ausländerfeindlichkeit bundesweit um knapp vier Prozentpunkte zugenommen hat und mittlerweile bei circa 24 Prozent liegt. Ich betone, dass es sich um eine geschlossene manifeste Ausländerfeindlichkeit handelt. Die latente ist dabei noch nicht berücksichtigt. Mit Blick auf Ostdeutschland verzeichnet die Studie einen Anstieg von 22,7 auf 31 Prozent, das heißt, einen



Anstieg um acht Prozentpunkte innerhalb von zwei Jahren. Wir sehen, dass sich hier innerhalb sehr kurzer Zeit eine Entwicklung vollzogen hat, die besorgniserregend ist und die sehr viel aussagt über die Lage von Minderheiten, Migrantinnen und Migranten. Die Ursachen für diese Entwicklung sind mit Sicherheit vielfältig und können nicht auf einen einzigen Faktor reduziert werden. Es besteht aber kein Zweifel daran, dass diese Entwicklung etwas mit der politischen Kultur zu tun haben bzw. damit, dass im Laufe der letzten Jahre Parteien und Bewegungen am rechten Rand quasi die Grenzen des Sagbaren verschoben haben. Das N-Wort, das über Jahre hinweg diskreditiert war, ist wieder en vogue. Es ist die Rede von Reproduktionstypen, von Kameltreibern, von Kümmelhändlern oder nicht zuletzt von einem „Vogelschiss“. Und nun mein letzter Satz: Sprache und Rassismus hängen miteinander zusammen. Die Verrohung der Sprache und der Anstieg der verbalen Gewalt legitimieren körperliche Gewalt, und eine Dehumanisierung der Menschen legitimiert Diskriminierung, Gewalt und Ermordung. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Die Vorsitzende: Vielen Dank, Frau Professor Hentges. Ich habe auch bei Ihnen vergessen zu erwähnen, wo Sie herkommen. Sie sind an der Universität Köln und dort an der humanwissenschaftlichen Fakultät tätig. Als nächsten rufe ich Professor Khorchide von der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster vom Zentrum für Islamische Theologie auf. Sie haben das Wort.

SV Prof. Dr. Mouhanad Khorchide (Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Zentrum für Islamische Theologie): Ich möchte mein Statement aus der Perspektive eines muslimischen Theologen halten. In dem Fragenkatalog, den ich bekommen habe, sind einige Fragen danach enthalten, wie es generell in den islamischen Ländern oder bei den Muslimen zugeht. Ich möchte demgegenüber für ein differenzierteres Bild sensibilisieren. Wir können kaum von der islamischen Welt oder von den islamischen Ländern als einer Einheit sprechen. Ich möchte dafür ein kleines Beispiel geben, das ich auch schriftlich angeführt habe. Es bezieht sich auf die

Frage der Religionsfreiheit. Es gibt derzeit gleichzeitig in zwei der wichtigsten arabischen Länder zwei verschiedene Fatwas, also Rechtsprechungen, die sich auf den Bau von Kirchen in islamischen Ländern beziehen. Der ägyptische Mufti hat sich dazu geäußert; das kann man aktuell auf der Homepage des Fatwa-Amts nachlesen. Ich habe die Nummer der Fatwa auch schriftlich hinterlassen. Es geht darin um die Frage, ob Muslime in islamischen Ländern Kirchen bauen dürfen. Das Rechtsgutachten sagt nicht nur, dass sie dies dürfen, sondern sie sind sogar dazu verpflichtet, auch für Christen Kirchen zu bauen. Auf der anderen Seite gibt es eine Fatwa des saudischen Muftis aus dem Jahr 2012, die besagt, dass Muslime nicht nur keine Kirchen bauen dürfen, sondern dass sie diese zumindest auf der arabischen Halbinsel sogar zerstören müssen. So unterschiedlich kann das Bild sein. Eine andere Frage bezieht sich auf die Gleichberechtigung. In der neuen Verfassung Tunesiens ist explizit von der Gleichberechtigung von Mann und Frau die Rede, und die Koran-Verse, die der Gleichberechtigung widersprechen, werden auch vom Mufti-Amt relativiert und in den historischen Kontext eingeordnet. Gleichzeitig hat in dieser Woche in der Azhar-Universität in Ägypten eine Debatte stattgefunden, in der sich ein Vertreter dieser Universität ebenso wie der Großsheikh für eine eher patriarchalische Leseart ausgesprochen hat. So unterschiedlich kann das sein. Die Frage, die sich für uns Theologen stellt, lautet, wie wir diejenigen Positionen von Deutschland aus unterstützen können, die sich für die Menschenrechte und für die Rechte von religiösen, aber auch von anderen Minderheiten einsetzen. Auch dazu habe ich ein kleines Beispiel. Frau Vorsitzende, Sie haben am Anfang gesagt, dass eine Delegation des Ausschusses vor wenigen Tagen in Ägypten war. Ich war Anfang Oktober auf Einladung des Religionsministers oder – wie er dort heißt – des Stiftungsministers ebenfalls mit einer Delegation in Ägypten. Bei den Gesprächen haben wir uns auf einen gemeinsamen Zertifikatkurs für die Fortbildung von ägyptischen Imame verständigt, der ein Jahr dauern soll. Wohlgemerkt, es ging nicht um deutsche, sondern um ägyptische Imame. Man hat uns versichert, dass man Reformen für sehr wichtig halte, weil man nicht über die entsprechende Expertise verfüge, die wir



haben, und hat uns um Unterstützung gebeten. Mein Anliegen ist zu sagen, dass Sie und wir fast zur selben Zeit in Ägypten gewesen sind, ohne etwas voneinander zu wissen. Es ist bedauerlich, dass es keine Synergieeffekte gibt zwischen der Politik und anderen Akteuren in der deutschen Gesellschaft. Es wäre wünschenswert, dass wir alle an einem Strang ziehen und uns überlegen, wie wir eine Plattform schaffen könnten, um solche Synergieeffekte zu erzielen, indem wir an ähnlichen Zielen arbeiten, uns gegenseitig unterstützen und die Sache selbst unterstützen. Wir arbeiten mit vielen Akteuren in islamischen Ländern zusammen. Dabei hängt vieles von den Individuen ab, der eine oder andere Minister, Theologe oder andere Akteur in der Gesellschaft setzt sich eben stärker als andere für Menschenrechte und Rechte von Minderheiten ein. Die Frage ist, wie wir von hier aus deren Position unterstützen können und ob wir nicht in Europa, in Deutschland diesen Menschen mehr Möglichkeiten bieten sollten, sich zu artikulieren. Ein anderes Thema, das ich in der halben Minute Zeit, die mir noch zur Verfügung steht, nur kurz ansprechen kann, betrifft die Ausbildung der Religionslehrerinnen und -lehrer in Münster. Wir haben mittlerweile 825 Studierende, darunter hauptsächlich Angehörige der zweiten oder dritten Generation, die hier geboren und aufgewachsen sind und die hohe Erwartungen an die Gesellschaft haben. Dennoch stellen wir fest, dass extreme Positionen sich gegenseitig die Karten in die Hand spielen. Das heißt, die Jugendlichen beklagen sich darüber, dass sie sich von der Gesellschaft nicht anerkannt fühlen, weil dort immer wieder die Frage aufgeworfen wird, ob sie dazu gehören oder nicht. Hingegen kommen die Salafisten und sagen, du gehörst dazu. Wenn der Salafismus den Jugendlichen eine Fläche der Identifikation, der Anerkennung und der Entfaltung bietet, dann fühlen sie sich dort besser als in der deutschen Gesellschaft aufgehoben. Was ich damit sagen möchte, ist, dass ich uns alle für unsere Sprache und Rhetorik sensibilisieren möchte, wenn wir über Muslime sprechen. Ob wir Teil des Problems oder eher Teil der Lösung sind, das hängt auch von unserer Rhetorik ab.

Die Vorsitzende: Als nächster hat das Wort Professor Reder von der Hochschule für Philosophie in München am Lehrstuhl für

Praktische Philosophie mit dem Schwerpunkt Völkerverständigung. Sie haben das Wort.

SV Prof. Dr. **Michael Reder** (Hochschule für Philosophie, München): Ich glaube, dem Thema der Anhörung liegt die relativ triviale, aber weitreichende Feststellung zugrunde, dass wir schlicht und ergreifend in einer globalisierten Welt leben. In einer globalisierten Welt wird die Pluralität von Kulturen, Religionen und Lebensüberzeugungen für alle Menschen noch einmal stärker erfahrbar. Und diese Pluralität kennzeichnet, so glaube ich, heute alle Gesellschaften weltweit, wenn auch in unterschiedlichem Maße. Sie ist zugleich aber auch prekär, deswegen beschäftigen wir uns ja mit der Diskriminierung, mit der Verfolgung von Minderheiten, die innerhalb dieses pluralen Spiels auftreten. Ich möchte mein Statement in vier kurze Thesen zusammenfassen. Die erste These lautet – und dies, scheint mir, ist allen unseren schriftlichen Statements gemeinsam –, dass Diskriminierung und Verfolgung von Minderheiten aus jeder Sicht zu verurteilen sind. Von der Idee des Grundgesetzes bzw. von der Idee der Menschenrechte her sind wir uns, glaube ich, dahingehend einig, dass niemand irgendeine Form der Diskriminierung und Verfolgung gutheißen würde. Gleichzeitig sehen wir, dass es weltweit verschiedene Formen von Diskriminierung gibt. Der Philosoph Jürgen Habermas hat schon in den neunziger Jahren festgestellt, dass dem vor allem kulturelle Schließungstendenzen zugrunde liegen, das heißt, eine gewisse Sehnsucht nach Homogenität, nach Festigkeit sowie der Anspruch einer Gruppe, eine Vormachtstellung gegenüber anderen zu haben. Das ist in einer globalisierten Welt jedoch hoch problematisch, weil wir nicht mehr in eine solche Lage zurückkommen werden, in der solche kulturellen Schließungsprozesse möglich oder auch nur – etwa aus der Perspektive des Grundgesetzes oder der Menschenrechte – wünschenswert wären. Die zweite These: In einer globalisierten Welt gibt es, wie Heiner Bielefeldt gesagt hat, viele vulnerable Gruppen, auf die wir achten sollten. Das Thema heute betrifft nicht nur uns, es hat weltweite Bedeutung, und die verschiedenen Fragen, die Sie als Fraktionen gestellt haben, machen deutlich, welche unterschiedlichen Aspekte mit der Frage des



Minderheitenschutzes verknüpft sind. Ich möchte als einen davon die ökologische Dimension herausgreifen. Natürlich produziert der Klimawandel in vielfacher Hinsicht neue Minderheiten und macht deren Situation vulnerabel und prekär. Ich glaube, für die deutsche Politik ist es wichtig, die Innen- und die Außenpolitik gerade nicht voneinander zu trennen, sondern eine integrierte Perspektive einzunehmen und in einer globalen Perspektive die vulnerablen Gruppen ernst zu nehmen. Dabei spielt das Recht eine zentrale Rolle, deswegen reden wir auch viel über Menschenrechte. Aber das ist nur ein Element, letzten Endes geht es um einen gesamtgesellschaftlichen oder sogar um einen weltgesellschaftlichen Umgang mit Minderheiten. Die dritte These: Vorurteile wie Rassismus, Antisemitismus, Islamophobie oder Homophobie zeigen sich auch in Deutschland und Europa in verstärkter Weise. Sie sind Ausdruck eben dieser kulturellen Schließungstendenzen in einer globalisierten Welt. Sie diskriminieren Gruppen und verändern deren Lebenssituation, sie prägen politische Diskurse, und sie verändern unsere politische Kultur als Ganze. Besonders wichtig scheint mir gerade deswegen zu sein, dass wir einen differenzierten Blick darauf werfen, wie die Gesellschaft strukturiert ist und um wen es geht. Herr Khorchide hat zum Beispiel darauf hingewiesen, dass es schwierig ist, über den Islam zu sprechen. Ich glaube, das ist für die Debatte heute sehr wichtig, weil der Diskriminierung genau solche Pauschalisierungen vorausgehen. Akademisch ist eine solche Pauschalisierung alles andere als plausibel; deswegen sollte es meiner Ansicht nach politisch darum gehen, einen differenzierten Blick auf die Welt zu entwickeln. Natürlich geht es dabei immer auch um die wechselseitige Kritik der verschiedenen Gruppierungen aneinander.

Religionsgemeinschaften sind nicht per se gut. Als Vertreter einer Institution, die sich in katholischer Trägerschaft befindet, darf ich daran erinnern, dass die katholische Kirche sich bis in die siebziger Jahre hinein schwer damit getan hat, die Menschenrechte anzuerkennen. Insofern betrifft das Problem alle Religionsgemeinschaften. Wir brauchen eine Kultur der wechselseitigen Kritik und Auseinandersetzung. Genau die ist der Motor der Demokratie. Die vierte und letzte These, mit der ich schließen möchte, lautet, dass

demokratische Politik und Völkerverständigung zusammen gehören. Ich habe diese These in meinem Statement mit dem Verweis auf einen Philosophen des frühen 20. Jahrhunderts, John Dewey, verknüpft, der gesagt hat: Demokratie und damit auch der Umgang mit Minderheiten ist nicht nur eine Frage des Rechts oder der Regierungsform, sondern hängt primär von der Bereitschaft aller Bürgerinnen und Bürger ab, sich auf geteilte Erfahrungswelten einzulassen. Ziel demokratischer Politik sollte es sein, Erfahrungswelten zu vernetzen, und zwar nicht nur verbal, sondern auch durch gemeinsame Praktiken, gerade auch in einer globalisierten Welt. Hier gehört – so hat John Dewey gesagt – Bildung existentiell dazu. Der Umgang mit Minderheiten hängt stark von der Bildung ab. Deswegen heißt eines der Hauptwerke von John Dewey „Demokratie und Bildung“. Bildung über globalisierte Zusammenhänge, Bildung über den Schutz von Minderheiten – dies alles liegt im existenziellen Interesse von Demokratien. Lassen Sie mich schließen mit einem konkreten Beispiel für Völkerverständigung: Das Ehepaar Helmut und Angela Six, die Inhaber eines mittelständischen Bauunternehmens, ist in München und in der bayerischen Kultur fest verankert. Die beiden fahren seit 60 Jahren mit dem Wohnmobil durch arabische Staaten von Marokko bis Pakistan, soweit man dies heute noch kann. Ihr Credo ist: Wir sind alle herausgefordert, die Vielfalt kennenzulernen und dadurch ein differenziertes, auf Verständigung ausgerichtetes Miteinander zu ermöglichen. Und als sie einmal mit Muslimen zusammen Tee getrunken haben – ich glaube, es war in Ägypten – hat ein Muslim zu ihnen gesagt: Freiheit bedeutet, dass Menschen ihre Kultur leben können. Ich glaube, das ist für unser Thema ein sinnvolles Credo.

Die **Vorsitzende**: Ich rufe jetzt für das letzte Statement Herrn Professor Schirrmacher auf, den Direktor des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit, bevor wir in die Frage-Antwort-Runde einsteigen.

SV Prof. Dr. Dr. Thomas Schirrmacher (Direktor des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit): Die Demokratie lebt von zwei scheinbaren Widersprüchen. Zum einen ist ihr Kern, dass



gewählt wird, damit die Mehrheit entscheidet. Merkwürdigerweise ist dies aber nicht der höchste Wert der Demokratie. Sie existiert nicht, damit gewählt wird, sondern sie lebt – wenn wir etwa von unserem Grundgesetz ausgehen – für die sogenannte Ewigkeitsklausel am Anfang, für die Dinge, die man nicht ändern kann. Ob man es glaubt oder nicht, alles am Bundestag könnte man theoretisch ändern. Vor allem könnte der Bundestag selbst sich mit einer entsprechenden Mehrheit kleiner oder größer machen oder sich auch irgendwo sonst hin verlegen. Aber ganz vorn sind die Menschenrechte definiert, die man nicht ändern kann, und dazu gehören auch die Minderheitenrechte. Es ist also nur ein scheinbarer Widerspruch, den man immer wieder neu erklären muss. Auch wenn die Mehrheit entscheidet, wird diese Entscheidung am Ende nicht daran gemessen, ob sie das meiste für die Mehrheit herausgeholt hat. Damit sind wir beim zweiten Punkt: Demokratie heißt auch sich streiten, sich auseinandersetzen, Meinungen haben. Ich karikiere es einmal ein bisschen: Auch wenn es so scheint, als agiere jeder gegen jeden, muss doch am Ende eine Gesellschaft dabei herauskommen, in der man lieber lebt als in einer nicht demokratischen Gesellschaft. Auch das ist nur ein scheinbarer Widerspruch. Jedenfalls glaube ich nicht, dass es wirklich ein Widerspruch ist. Dennoch müssen wir immer wieder neu erklären, dass es höhere Werte gibt als den banalen Vollzug eines Mehrheitswillens. Ich habe Mitte der achtziger Jahre gemeinsam mit Tilman Zülch, Ihrem Langzeit-Vorgänger von der Gesellschaft für bedrohte Völker, inmitten von 300 Kurden gesessen – mit allen Formen und Farben, aus allen Regionen, also alles, was es so gibt. Wir hatten gerade eine kurdische Grammatik veröffentlicht, ganz harmlos eigentlich. Aber der türkische Präsident hat beim Bundespräsidenten Einspruch erhoben und gefordert, der Bundespräsident solle unseren Verlag schließen. Ich erzähle das nur, weil wir beide zwischen all den Kurden saßen und meistens gar nichts verstanden haben. Seitdem schockiert es mich jeden Tag wieder, wenn ich erlebe, wie viel Energie Regierungen, Völkergruppen oder Medien darauf verwenden, Minderheiten schlecht zu machen. Dabei frage ich mich allerdings, ob es sich bei den Kurden wirklich um eine Minderheit handelt. Wenn die Grenzen in der Region etwas

anders verlaufen würden, hätte diese vermeintliche Minderheit eine ganz schöne Größe. Unglücklicherweise ist die Volksgruppe politisch so aufgeteilt, dass sie überall eine Minderheit bildet. Es lässt mir bis heute keine Ruhe, welche Energie und welche Zeit darauf verschwendet wird, dafür zu sorgen, dass es anderen nicht so gut geht wie einem selbst bzw. dass andere in ihren Rechten beschnitten werden. Die Kurdenfrage hat mir von Anfang an die enorme Verschränkung der Probleme gezeigt. Ich bin 1999 zum ersten Mal als Sachverständiger hier im Bundestag gewesen. Damals ging es noch um die Frage nach der Religionsfreiheit generell. Und bei der letzten Debatte hier im Bundestag ging es nur noch darum, wer geschützt werden soll, aber niemand hat mir irgendwelche Fragen gestellt. Und daher bietet sich mir heute eine gute Gelegenheit zu sagen, dass das Thema Freiheit der Religion und der Weltanschauung eng mit dem Thema Sprache, aber auch mit dem Thema Kleidung verquickt ist. Die andere Seite der Medaille besteht darin, dass die unglaublich große Kleidervielfalt weltweit zugunsten von Blue Jeans verloren geht. Ich kann das jetzt nicht weiter ausführen, weil Kleidung heute nicht unser Thema ist. Sie haben meinem Gutachten, wenn Sie es sich angeschaut haben, entnehmen können, dass ich viel Raum für die Schilderung der Lage am Amazonas bzw. in den tropischen Regenwäldern verwendet habe. Die Region ist ein Musterbeispiel einerseits für die ungeheuer starke Verschränkung der Probleme und andererseits – worauf auch alle meine Vorfahrt schon hingewiesen haben – dafür, dass man tunlichst nicht vorschnell urteilen sollte. Es gibt in den Amazonas-Gebieten eine Vielzahl von indigenen Völkern, die man kaum alle kennen kann. Ich bin gerade in Ecuador und Peru gewesen, und ich habe all diese Länder schon mehrfach bereist und dabei ein indigenes Volk kennengelernt, das zur Hälfte aus Christen und zur anderen Hälfte aus Menschen besteht, die ihrer traditionellen Religion anhängen. Zu sagen, dass man sich nur für die Christen einsetzt, funktioniert hier praktisch nicht. In dem Moment, in dem ich mich für dieses Volk einsetze, schütze ich auch dessen Religion. Ich war ein bisschen schockiert darüber, was in unseren Medien nach der Erschießung dieses Amerikaners wieder für Allgemeinplätze über indigene Völker verbreitet worden sind. Ich



denke da an die Bilder mit Hubschrauber und einem Pfeil darauf. Demgegenüber ist die Region auch ein Beispiel für ganz andere Vorkommnisse. In den tropischen Regenwäldern sind bereits 100.000 Menschen überwiegend vom Militär getötet worden. Es sind mittlerweile ganze Ethnien verschwunden, weil alle getötet wurden. Andere sind kaum noch überlebensfähig, und all dies schlicht und einfach wegen des Tropenholzes. Warum ist das so ein gutes Beispiel? Nicht nur, weil in diesen Gruppen alle möglichen Sprachen und Religionen direkt aufeinander treffen – vom klassischen Katholiken mitten im Urwald bis hin zum Anhänger von Religionen, die es in dieser Form immer gegeben hat und deren Entstehung weit in die Geschichte zurückreicht. Nur – um darauf zurückzukommen – der typische Fall besteht darin, dass die Verfolgung von den Muslimen ausgeht. Die sind aber alle nicht freiwillig dort, sondern sie sind von der Regierung gezwungen worden, dorthin zu ziehen. Daher kann man nicht einfach fragen, was macht ihr denn eigentlich da. Das letzte Beispiel stammt aus Jakarta, wo es die heftige Auseinandersetzung um den christlichen Bürgermeister gegeben hat, der erst inhaftiert wurde und dann nicht wieder antreten konnte. In Wirklichkeit ging es hier um Korruption. Er war einer der entschiedensten Kämpfer gegen die enorm verbreitete Korruption. Man hat dann, indem man die Religion ins Spiel gebracht hat, einen geeigneten Weg gefunden, um ihn aus dem Verkehr zu ziehen. Es wäre eine wichtige Aufgabe für Deutschland und auch für diesen Ausschuss, solchen Ländern dabei zu helfen, die Korruption zu bekämpfen. Indonesien wartet nur darauf.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank Herr Professor Schirrmacher. Wir sind damit am Ende der Runde mit den Statements der Sachverständigen angekommen. Ich würde dann in die Frage-Antwort-Runde einsteigen und das Wort für die erste Frage an Herrn Brand geben.

Abg. **Michael Brand** (Fulda) (CDU/CSU): Ich möchte den Sachverständigen erst einmal herzlich für ihre Statements danken. Ich bitte um Nachsicht, dass ich nicht alle habe anhören können. Wir haben im Plenum eine sogenannte Orientierungsdebatte über die Organspende

gehabt; auch dabei ist es um Menschenrechte gegangen. Aber ich will den Gedanken aufgreifen, Herr Professor Schirrmacher, den Sie zum Schluss geäußert haben, nämlich dass man produktiv streiten sollte. Ich denke, das ist ein wichtiger Punkt. Produktiv streiten heißt konstruktiv streiten und nicht streiten, nur um sich die eigene Meinung bestätigen zu lassen oder um zu spalten. Deshalb bin ich bei diesem Thema ganz schnell bei der Frage der Religionsfreiheit, die uns auch in bei unserer Reise nach Ägypten in der vorletzten Woche beschäftigt hat. Es zeigt sich eines, Herr Prof. Bielefeldt, und das haben wir auch schon oft diskutiert: Der Einsatz für die Menschenrechte von anderen ist immer auch der Einsatz für die eigenen Rechte. So ist es auch bei der Religionsfreiheit; das Engagement für dieses Recht ist nicht exklusiv, sondern exemplarisch. Im Übrigen möchte ich Ihnen, Herr Delius, stellvertretend für die Gesellschaft für bedrohte Völker, einmal herzlich danken, sozusagen im Gegenzug für das Lob, das Sie gerade ausgesprochen haben. Ich muss einfach bekennen, dass ich als Jugendlicher in die GFBV eingetreten bin, weil Sie immer genau das getan haben, nämlich sich ohne Rücksicht auf Geschlecht, Abstammung, Rasse, Sprache, Glaube für Verfolgte einzusetzen. In meinen Jugendjahren ging es beispielsweise um Bosnien und dabei eben nicht darum, sich konkret für Muslime einzusetzen, sondern für die Menschenrechte und deren Verteidigung, ganz gleich, um wen es sich handelt, wo jemand her kommt oder was er glaubt. Meine Frage richtet sich an Prof. Schirrmacher: Sie haben in Ihrer Stellungnahme den Beauftragten der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit erwähnt. Ich bin natürlich froh, dass er neben mir sitzt, denn es ist eines unserer zentralen Anliegen in den letzten Jahren gewesen, dieses Amt zu schaffen. Ich möchte erfahren, welche Bedeutung Sie dem künftigen Bericht beimesse und welche Erwartung Sie damit verbinden. Kann der Bericht auch zur Prävention und zur Verringerung der Einschränkung der Religionsfreiheit beitragen? Herr Khorchide wird von meinem Kollegen Frank Heinrich befragt.

Abg. **Frank Heinrich** (Chemnitz) (CDU/CSU): Ich schließe nur eine kurze Frage an, Herr Professor Khorchide. Heute beginnt – wie wir gerade gehört



haben – die vierte Islamkonferenz. Sie haben sich sehr deutlich dahingehend geäußert, dass es auch eine Bringschuld der islamischen Gemeinden gibt. Wäre die Gründung eines Dachverbandes solcher Muslime bzw. liberaler Muslime eine Hilfe oder ein guter Beginn nicht nur für ein deutsches, sondern auch für ein europäisches Selbstverständnis des Islam? Und was wäre nötig, um solch einen liberalen Islam in Deutschland und Europa zu etablieren?

Die Vorsitzende: Vielen Dank Herr Heinrich. Vielleicht noch einmal der Hinweis: Wenn Sie sich in einer Fraktion die Fragen aufteilen wollen, dann müssten Sie auch dafür sorgen, dass beide Fragesteller genügend Zeit haben.

Abg. **Michael Brand** (Fulda) (CDU/CSU): Noch schneller kann ich nicht reden.

Die Vorsitzende: Ich drücke jetzt ein Auge zu. Frau Nastic, Sie haben eine Frage. Ich würde sonst das Wort an die Befragten weiterleiten. Ist das in Ordnung? Ist vermerkt! Als nächste Fraktion wäre dann die AfD an der Reihe, dann die SPD usw. Ich gebe jetzt das Wort an Prof. Schirrmacher. Sie haben zur Beantwortung fünf Minuten Zeit.

SV Prof. Dr. Dr. Thomas Schirrmacher (Direktor des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit): Herr Grübel, am besten verlassen Sie jetzt einmal den Raum, wenn wir über Sie reden. Ich möchte als erstes betonen, dass es nicht darum geht – auch nicht mit der Schaffung des Amtes des Beauftragten für die Religionsfreiheit – ein bestimmtes Menschenrecht besonders hervorzuheben, alle Finanzen entsprechend umzuschichten und sich nur noch auf ein Thema zu konzentrieren. Der Anlass war ursprünglich, dass dieses Recht fast überhaupt nicht vorkam. Ich bin der Meinung, dass man Menschenrechte nicht gegeneinander ausspielen darf – das ist gar keine Frage –, aber sie spielen eben ganz unterschiedliche Rollen und müssen alle ihren Platz haben. Das war damals schlicht und einfach nicht der Fall. Es ist auch seinerzeit bei der Koalition, die die Schaffung dieses Amtes vereinbart hat, nicht darum gegangen, auf einmal die Religion in den Vordergrund zu stellen und

sie zum wichtigsten Thema zu erklären. Vielmehr geht es darum, die Religionsfreiheit erst einmal auf die gleiche Stufe zu stellen wie die anderen Menschenrechte, die für uns selbstverständlich sind, und dabei deutlich zu machen, dass Menschen nun einmal unabwendbar eine religiöse Seite haben; und da schließe ich Menschen mit einer nicht religiösen Weltanschauung mit ein. Das bedeutet „Freedom of Religion and Belief“, das ist überhaupt keine Frage. Ferner fehlen uns für das Thema bis heute oft die Fakten, unter anderem solche, die nur die Politik erheben kann. Die Wissenschaft kann vieles tun, aber bei bestimmten Dingen ist die Politik gefordert. Ich erhoffe mir, dass wir an eine ganze Reihe von Fakten herankommen, die uns zurzeit nicht ohne weiteres zur Verfügung stehen, um überhaupt zu erfahren, wie der Sachstand ist und um eine Basis zu bekommen, aufgrund derer man dann besser aktiv werden kann. Im Jahr 1999 handelte es sich bei fast allen Fakten – sagen wir es ganz offen – entweder um Selbstberichte – manche Gruppen wie die Bahai oder die Ahmadiyya haben schon immer solide Eigenberichte vorgelegt, und das ist auch nicht verkehrt – oder um – so nenne ich sie mal – Gebetsbriefe. Das heißt, wer in eine solche Kirchengemeinde ging, der hatte eine Menge Insider-Informationen, und da war auch nicht ganz so wichtig, ob die alle stimmten. Ich habe einmal etwas spitz gesagt, der liebe Gott sortiert das dann dort oben schon. Das kann sich aber die Politik nicht leisten. Und ich glaube, jetzt gibt es eine echte Chance. Ich bin sehr skeptisch gegenüber den Berichten, die das eine oder andere Land dazu liefert, weil darin allzu sehr die nationale Sichtweise eingenommen wird. Ich habe hingegen eine gewisse Hoffnung, dass Deutschland mehr darauf hört, wie diese Länder und Völker sich selbst verstehen und welche Maßstäbe sie anlegen. Habe ich noch eine Minute? Dann will ich noch eine Bemerkung machen. Man hätte entscheiden können, Herrn Bielefeldt – nachdem er nicht mehr für die VN tätig ist – zum Beauftragten zu machen. Ich begrüße es aber ganz offen, dass man stattdessen einen Politiker ausgewählt hat, der die Regierungsarbeit von innen kennt. Ich sage es noch einmal: Es geht darum, bestimmte Fakten zu sammeln, an die nur ein Politiker herankommt. Daher ist es gut, einen Beauftragten zu haben, der Erfahrungen in der Politik mitbringt, auch um hier in Berlin etwas



durchzusetzen. Daher halte ich dies für eine gute Wahl. Die vielen Gutachten von Professor Bielefeldt sind als Bücher erschienen, die kann man alle nachlesen. Dann ist man so schlau wie er. Nein, ist man nicht. Aber diese Seite kann man irgendwie abdecken. Daher finde ich es sehr gut, dass das neue Amt in der Politik verankert und mit einem echten Politiker besetzt ist. Ich weise zum Schluss noch auf eine ganz praktische Sache hin. Vor kurzem hat hier eine von Deutschland gemeinsam mit der Botschaft von Aserbaidschan ausgerichtete Dialogkonferenz stattgefunden, an der führende Vertreter der Muslime aus aller Welt teilgenommen haben. Es ist von großem Vorteil gewesen, dass daran auch der Beauftragte als jemand teilgenommen hat, der unsere Art von Dialog, nämlich gekoppelt mit Religionsfreiheit, direkt im Namen der Regierung vertreten kann – also nicht ein Abgeordneter oder jemand anderes, der ein nettes Grußwort sprechen kann, sondern jemand, der für dieses Thema offiziell zuständig ist. Dies ist bei der Konferenz ein absolutes Plus gewesen. Ich war zufällig gleich am Anfang als Redner mit dabei und konnte daher mitbestimmen, in welche Richtung die Diskussion geht. Ich glaube das ist ein gewaltiges Plus.

Die Vorsitzende: Vielen Dank, Professor Schirmacher. Als nächster zur zweiten Frage, Herr Professor Khorchide.

SV Prof. Dr. Mouhanad Khorchide (Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Zentrum für Islamische Theologie): Vielen Dank für die Frage. In der Tat hat heute die vierte Islamkonferenz begonnen. Ich war selbst am Vormittag dabei. Sie findet gerade parallel zu unserer Sitzung bis 18.00 Uhr statt und geht morgen Vormittag weiter. Sie haben einen sehr sensiblen Punkt angesprochen: Wer spricht für die Muslime hier im Land, wer repräsentiert sie? Innenminister Seehofer hat diese Frage heute auch noch einmal in den Raum gestellt und den Muslimen die Frage gestellt, wen er als Ansprechpartner ansehen und wen er einladen soll. Denn wenn er die eine Gruppe einlade, dann ärgere sich die andere. Alle einzuladen, hat er gesagt, sei nicht möglich, weil es so einen großen Raum nicht gebe. Das Problem ist in meinen Augen grundsätzlicher Natur. Der Islam an sich ist anders verfasst als das

Christentum. Wir kennen keine Kirche, kein Lehramt und keine Hierarchien. Der Islam ist eine sehr individuelle Religion. In der Tat es gibt so viele Islame, wie es Menschen gibt, die dem Islam angehören. Das macht es schwierig, von Repräsentanten des Islams zu sprechen. Wir versuchen hier in Deutschland seit vielen Jahrzehnten darauf hinzuwirken, dass Muslime sich organisieren, aber das tun sie nicht. Der organisierte Teil ist eine Minderheit von maximal 15 bis 20 Prozent; auch diese Zahl ist vielleicht etwas übertrieben. Das heißt, die absolute Mehrheit der Muslime ist nicht organisiert, denn wenn ich Moslem bin, muss ich mich nicht irgendwo organisieren, ich muss nirgendwo Mitglied sein. Das ist anders als im Christentum, und das ist das Grundproblem, auch wenn liberale Gemeinden eingerichtet werden. Es gibt in Nordrhein-Westfalen seit vielen Jahren den sogenannten liberalen Bund, aber er hat meines Wissens nicht mehr als 100 oder 120 Mitglieder, obwohl er schon über 10 Jahre existiert. Und das ist das Problem. Es ist schwer, Muslime davon zu überzeugen, sich zu organisieren oder irgendwo Mitglied zu werden, weil sie sich fragen, warum sie das tun sollen. Ich kann auch als Individuum Moslem sein, ohne dass ich einer Gemeinde angehöre. Und das ist der Denkfehler in dieser ganzen Struktur. Das Staatskirchenrecht ist eher für eine institutionelle Religion konzipiert als für eine individuelle wie den Islam. So zu argumentieren, halte ich jedoch für sehr theoretisch, weil wir nun einmal in Deutschland leben und das Grundgesetz haben. Und es ist nun einmal nach Artikel 7 Abs. 3 für den Religionsunterricht vorgesehen, dass die Religionsgemeinden die Ansprechpartner für den Staat bzw. für die Einführung und Durchführung des Religionsunterrichts sind. Das heißt, wir stehen in der Tat vor der Herausforderung, uns als Muslime irgendwie zu organisieren. Damit komme ich zu Ihrer Frage: In der Tat benötigen wir einen aufgeklärten, weltoffenen Islam. Das Problem, das ist sehe, besteht darin, dass sich viele der Verbände oder Religionsgemeinden, die es heute gibt, – in Deutschland zum Beispiel die drei großen türkischen Verbände – weder ethnisch noch durch die Zugehörigkeit zu einer bestimmten religiösen Rechtsschule oder Gotteslehre voneinander unterscheiden. Sie teilen alle dieselbe Gotteslehre, Rechtsschule und



Ethnie. Sie unterscheiden sich aber in ihrer politischen Genese in den achtziger und neunziger Jahren. Das heißt, es handelt sich eher um politische als um religiöse Verbände. Das erschwert das Problem. Ich sehe aber eine große – vielleicht ist das ein zu hartes Wort – Naivität in der Politik. Es tut mir Leid für das Wort Naivität. Viele Politiker kennen sich nicht aus mit dem Islam und haben einfach Jahrzehnte lang mit den falschen Partnern gesprochen oder zumindest ignoriert, dass es auch andere gibt, unter anderem liberale Stimmen. Daher wäre es die Aufgabe der Politik, nicht nur mit den großen oder den organisierten Verbänden zu sprechen, weil der organisierte Islam sich eben aus politischen Gründen organisiert hat, sondern auch mit den anderen, kleineren Organisationen oder Verbänden zu sprechen. Es ist von der Politik kaum zu erwarten – auch wenn dies wünschenswert wäre aus meiner Perspektive – den aufgeklärten, liberalen Islam zu unterstützen. Denn die Politik wird dann sagen, dass sie in einem säkularen Land nicht dazu befugt sei, sich in Angelegenheiten der Religion einzumischen. Aber man könnte dem liberalen Islam zumindest eine Plattform geben, so wie man bis jetzt dem konservativen Islam eine Plattform gegeben hat. Wenn ich an die dritte Runde der Islamkonferenz denke, daran haben nur die großen, eher konservativen Verbände und nicht die anderen teilgenommen. Da frage ich mich, weshalb der Staat sich hier gewissermaßen doch in innerislamische Angelegenheiten eingemischt und sich bestimmte Ansprechpartner ausgesucht hat, und zwar eher die konservativen. Was ist mit den anderen? Der Staat könnte hier zumindest eine Bühne oder eine Plattform bieten, die der Breite des Islams Rechnung trägt.

Die Vorsitzende: Herzlichen Dank. Dann würde ich jetzt der AfD das Wort erteilen. Herr Braun hat sich gemeldet.

Abg. Jürgen Braun (AfD): Danke, Frau Vorsitzende. Liebe Kollegen, verehrte Sachverständige, meine Damen und Herren. Es ist viel Interessantes von den Sachverständigen gesagt worden. Das haben wir uns mit der Einladung auch erhofft. Es ist in der Tat nicht nur ein wichtiges, sondern sogar – wie wir finden als

AfD-Fraktion – ein großes Thema. Da stimmen wir mit Ihnen allen überein. Deshalb haben wir dieses Thema auch zum Thema dieses Halbjahres gemacht, es beruht auf unserem Antrag. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass dies alles bei der Frage der Menschenrechte eine große Rolle spielt. Wir waren deshalb in Kairo, Ägypten, und haben uns zum Beispiel mit Nubiern unterhalten, einer – neben den Kopten – weiteren ethnischen Minderheit in Ägypten. Das Schicksal der Kopten ist bei dieser Reise ein großes Thema gewesen. Dank Schwester Hatune konnten wir die Müllstadt Mokattam besuchen und uns dort mit dem Schicksal der Menschen beschäftigen. Das ist sehr bewegend gewesen. Ich habe jetzt drei Fragen – letztlich sind es sogar vier – an Schwester Hatune. Sie haben Erfahrungen mit der Befreiung von Sexsklavinnen aus den Händen des sogenannten islamischen Staates im Irak gesammelt – eine sehr schwere Aufgabe. Was können Sie uns darüber berichten? Warum hat der islamische Staat diese Frauen versklavt? Nächster Punkt: Die Türkei ist Ihr Heimatland, Sie sind als Aramäerin in der Türkei geboren. Traditionell ist die Türkei ein Vielvölkerstaat gewesen. Heute ist die Türkei ein rein sunnitisch-islamisch geprägtes Land, wenn man von den wenigen Christen absieht. Wie ist es aus Ihrer Sicht dazu gekommen? Ferner sind viele Menschen, für die Sie sich einsetzen, Angehörige nicht-muslimischer Volksgruppen, die aber letztlich in mehrheitlich muslimischen Staaten leben oder von dort kommen. Daher lautet meine dritte Frage: Wie wurden die Länder des Nahen Ostens von christlichen zu muslimischen Gesellschaften? Gibt es da eine strukturelle Gemeinsamkeit? Ich hoffe, das können Sie in der Kürze der Zeit beantworten, Schwester Hatune.

Die Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Braun. Schwester Hatune, Sie haben das Wort. Sie haben fünf Minuten Zeit.

SV Schwester Hatune Dogan (Hatune Foundation, Warburg): Ich befasse mich mit dem Schicksal der Sexsklavinnen, weil ich selbst als Kind vor dem 14. Lebensjahr vier Mal in die Lage gekommen bin, dass man versucht hat, mich zu vergewaltigen. Daher kenne ich den Schmerz und die Lage der Betroffenen, und deshalb bin ich



hierhergekommen. Ich lebe jetzt Gott sei Dank in Freiheit. Ich habe von einem unserer Mitarbeiter erfahren, wie die jungen Frauen im IS-Gebiet als Sexsklavinnen angeboten werden: "Heh, hallo, hier ist ein Mädchen, eine Jesidin, die kostet weniger, weil es so viele davon gibt, und hier ist eine Christin, die kostet mehr, weil es weniger von ihnen gibt usw." Wenn mir ein solcher Fall zu Ohren gekommen ist, habe ich mich für diese Mädchen eingesetzt. Demgegenüber habe ich von keinem einzigen Fall gehört – außer von einer Schiitin, die gemeinsam mit christlichen Freundinnen gefangen genommen wurde –, in dem Muslimas entführt, vergewaltigt, missbraucht oder verkauft worden wären – immer nur Jesiden und Christen. Daher habe ich versucht, mich für diese Mädchen einzusetzen. Ich glaube, kein einzelner Mensch hat von so vielen Gräueltaten gehört oder diese gesehen wie ich. Es ist sehr schwer für mich, darüber zu reden. Es schmerzt mich zutiefst. Bis heute geschehen solche Dinge, auch in Ägypten und hier am Ende sogar am allermeisten von allen Ländern. Darüber wird aber geschwiegen, obwohl tagtäglich Mädchen entführt und vergewaltigt, missbraucht und verkauft werden. Und wenn sie versuchen zurückzukehren, dann greift das Blaspemie-Gesetz. Bei Ihrer Reise nach Ägypten hat Papst Tawadros, soweit ich erfahren habe, zwar gesagt, die Lage sei in Ordnung, aber tatsächlich traut er sich nur nicht, über die Wahrheit zu sprechen. Die Frau meines Sekretärs, ein hübsches Mädchen, sitzt im vierten Stock und traut sich nicht, vor die Tür zu gehen. Sie hat Angst, weil sie Christin ist und sich nicht verummt. Dadurch ist sie bereits dick geworden. Die Unterdrückung von Christen in mehrheitlich von Muslimen bewohnten Ländern wird von den Bischöfen sowie generell von Kirchenleuten verschwiegen, weil sie sich nicht trauen, die Wahrheit zu sagen. In der Türkei sind Gegenden, die früher von Aramäern, also Christen, bewohnt waren, heute islamisiert. Dies ist in drei Stufen geschehen. Als die Muslime gekommen sind, haben wir sie genauso wie in Europa willkommen geheißen, haben ihnen Schutz geboten, weil wir sie als liebevolle Menschen angesehen haben. Sie haben sich zuerst von ihrer besten Seite gezeigt. Dann haben sie schnell geheiratet, um Fuß zu fassen. Danach ging es nach der Devise: Wenn du das erreicht hast und stark genug bist, dann zeige

deine wahre Identität als Moslem. Auf diese Weise hat sich innerhalb von 200 Jahren der Islam über den gesamten Orient ausgebreitet. So ist das auch in der Türkei. Die schlimmste Zeit war im Jahr 1915, als Millionen Menschen, nur weil sie Christen waren, einfach brutal zurückgedrängt wurden. Was meine Großmutter im Alter von sieben Jahre erlebt hat, ist den Menschen 100 Jahre später in Irak und Syrien erneut widerfahren, weil sie Christen sind. Heute spielen vielleicht auch politische und wirtschaftliche Fragen eine Rolle, aber damals gab es kein Öl, und es gab auch keine Politiker wie Merkel oder Obama. Die Angriffe sind rein religiös motiviert, damals wie heute. Dabei kann ich mich auf den Koran berufen. Im Koran steht 25 Mal, dass die Christen, die an die Dreifaltigkeit glauben, getötet werden müssen. Dass man keine Freundschaft mit Andersgläubigen pflegen soll, steht im Koran 26 Mal. Wenn ich Gelegenheit dazu erhalte, kann ich Beispiele dafür anführen. Wir unterstützen vor allem Nichtmuslime. Warum tun wir das? Weil wir uns für diejenigen einsetzen, die am ärmsten und die am stärksten unterdrückt sind. Ich kann nicht dem helfen, der das Schwert in der Hand hält, ich muss mich für den einsetzen, der auf dem Boden liegt, und das sind im Nahen Osten – leider Gottes – zumeist die Minderheiten, die Andersgläubigen. Im Nahen Osten gibt es gerade noch 2 Prozent Christen oder Jesiden. Die Jesiden werden am schlimmsten bedroht und sind fast schon ausgelöscht. Deshalb habe ich vorhin darum gebeten, dass diese Minderheiten – die Christen, Mandäer, Chaldäer, Assyrer, Syrer, Aramäer, aber auch die wenigen Juden und die Armenier – Schutz bekommen sollen. Diese Minderheiten sind sonst bald ausgelöscht.

Die **Vorsitzende**: Schwester Hatune, Sie müssen zum Schluss kommen.

SV Schwester **Hatune Dogan** (Hatune Foundation, Warburg): Gut, dann höre ich auf.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Dann rufe ich als nächste Frank Schwabe und Frau Dr. De Ridder auf, und Sie teilen sich einfach die zwei Minuten auf.



Abg. **Frank Schwabe** (SPD): Frau Vorsitzende, das waren natürlich sehr beeindruckende Berichte von Schwester Hatune. Ich war vor kurzem in Bangladesch und habe mich mit Angehörigen der Minderheit der Rohingya unterhalten. Leider haben sie Ähnliches berichtet. Sie haben schreckliche Erfahrungen gemacht, und hier sind ganz andere Religionen im Spiel. Aber Ihre Erfahrungen, Schwester Hatune, sind natürlich so, wie sie sind, mit Ihren persönlichen Hintergründen, und das ist zu respektieren, und es ist auch wichtig für uns, dies zu erfahren. Ich will mich auf das Thema indigene Bevölkerung beziehen, das mehrfach angesprochen worden ist, und dazu Fragen an Herrn Delius und Herrn Prof. Bielefeldt stellen. Es kommt vielfach zu Konflikten mit der indigenen Bevölkerung, weil es wirtschaftliche Tätigkeiten wie Bergbau und Ähnliches gibt. Gibt es Ideen, was wir von Deutschland aus tun könnten, um den Schutz der indigenen Völker besser zu gewährleisten? Gibt es Möglichkeiten, der indigenen Bevölkerung auf dem internationalen Parkett eine stärkere Stimme zu verleihen, als dies heute der Fall ist? Ihre Stimme existiert im internationalen System überhaupt nicht, weil sie von den Staaten, in denen sie leben, nicht repräsentiert werden. Ferner haben Sie, Herr Delius, den Wunsch formuliert, dass das Auswärtige Amt sich stärker für die Minderheitenrechte einsetzt. Haben Sie dafür konkrete Vorschläge?

Abg. **Dr. Daniela De Ridder** (SPD): Dann schließe ich hier meine Frage an die beiden von meinem Kollegen genannten Experten an. Ich möchte wissen, ob Sie annehmen, dass religiöse Diskriminierung und Sexismus immer miteinander verbunden sind und ob diese Verknüpfung ein Spezifikum des Islams ist. Ich würde gern auch erfahren, ob Sie hier historische Bezüge herstellen können. Meine zweite Frage richtet sich ebenfalls an die beiden genannten Gutachter. Sie haben deutlich gemacht, dass es in Bezug auf die indigenen Völker spezifischer Prinzipien, Institutionen und Standards bedarf, die in der kulturellen Praxis verankert werden müssen. Ich möchte wissen, ob Sie uns hierfür Good Practice-Beispiele nennen bzw. empfehlen können.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Dann würde ich zunächst Herrn Delius das Wort erteilen. Sie können sich einigen, wie Sie mögen. Herr Delius, bitte.

SV **Ulrich Delius** (Direktor der Gesellschaft für bedrohte Völker e. V.): Die Frage war, ob es Ideen dazu gibt, wie die Rechte der indigenen Völker besser durchgesetzt werden können. Es geht vor allem darum, die große Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit zu schließen, was das Verhalten der Staaten angeht. Wir haben es ja meist mit einer Marginalisierung dieser Völker in den jeweiligen Ländern zu tun, weil die Repräsentanten dieser Völker nicht die Regierung stellen und weil sie eine Minderheit in diesen Staaten darstellen – mit Ausnahme weniger Staaten in Süd- und Mittelamerika. Aufgrund ihres Minderheitenstatus erfahren sie die Marginalisierung sozusagen permanent. Von Seiten der internationalen Staatengemeinschaft wird erheblicher Druck auf die betreffenden Staaten ausgeübt, sich zu den internationalen Prinzipien zu bekennen, wie sie jetzt vor allem von der Vollversammlung der Vereinten Nationen mit Blick auf die Anerkennung der Rechte dieser indigenen Völker formuliert worden sind. Wir erleben aber einfach immer wieder, dass es bei diesen Staaten einen großen Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit gibt. Eine überwältigende Mehrheit der Staaten, die sich bei den Vereinten Nationen zu diesen Rechten bekennt, tendiert im Alltag dazu, sie mit Füßen zu treten. Dies gilt unabhängig davon, welche Ministerien zuständig sind und auf welcher Ebene des Staates man sich bewegt – ob es also um die Spitze des Staates oder um lokale Gremien geht, die letztlich darüber entscheiden, wie sich die Situation vor Ort darstellt. Das heißt, die Europäische Union und die Bundesregierung müssten mit viel mehr Nachdruck darauf dringen, dass die Ansprüche und Standards, die die Staaten unterschrieben haben, im Alltag auch realisiert bzw. eingehalten werden. Wichtig wäre auch, den indigenen Völkern eine stärkere Stimme auf dem internationalen Parkett zu geben. Wir erleben oft, wie frustrierend für viele indigene Völker zum Beispiel die Klimadebatte ist. So hören wir von dieser Seite bei den Klimakonferenzen immer wieder die Klage, dass die indigenen Völker hier doch eigentlich gar



keine Rolle spielen. Sie dürften allenfalls als Exoten auftreten, dürften sich bei der Eröffnung äußern und ihre traditionelle Kleidung anlegen. Danach gehe man dann sozusagen zu den ernsten Themen über. Es herrscht bei diesen Völkern eine große Frustration darüber, dass sie auf dem internationalen Parkett nicht wahrgenommen würden. Daher müsste man noch einmal darüber nachdenken, inwieweit ihnen mehr Rederechte und auch mehr Entscheidungsbefugnisse eingeräumt werden könnten, insbesondere wenn es sozusagen beim Endspurt auf den UN-Klimakonferenzen um die entscheidenden Fragen geht. Wir halten es auch für eine wichtige Forderung, dass das Auswärtige Amt mehr für die Minderheitenrechte tun sollte. Wir kommen aus dem Bereich der zivilen Konfliktprävention und sagen daher: Das ist alles wichtig, und es ist gut, dass man dieses Selbstverständnis hat. Man muss stärker präventiv handeln, man muss sich früher engagieren. Aber wir erleben, dass es ganz große Defizite in der Alltagspolitik gibt. Die Standards werden immer hoch gehalten, das zeigt sich bei jedem Treffen mit dem Auswärtigen Amt. Aber wenn es dann um die konkrete Politik geht, dann heißt es plötzlich: Wir müssen uns an den Realitäten orientieren, und da haben die Minderheiten eben doch nicht diese große Relevanz. Das erleben wir immer wieder. Daher denke ich, dass hier ein Paradigmenwechsel stattfinden und dass man das Thema ernster nehmen muss, zumal wenn man den Bereich Zivile Konfliktprävention wirklich ernst nimmt und nicht immer erst zu handeln anfangen will, wenn sozusagen das Kind schon in den Brunnen gefallen ist. Das erleben wir leider allzu häufig. Was die religiöse Diskriminierung und den Sexismus angeht, würde ich nicht sagen, dass da immer ein Zusammenhang besteht. Wir erleben diesen Sexismus zurzeit bei den unterschiedlichsten Konfessionen, zum Beispiel auch bei den Buddhisten in Myanmar, was uns sehr schockiert hat. Wir erleben ihn auch bei einigen anderen Gruppen, aber wir können nicht durchweg feststellen, dass religiöse Diskriminierung immer einen sexistischen Hintergrund hat oder umgekehrt. Es gibt auch Fälle wie den der Ahmadiyya-Muslime, wo der Sexismus nicht unmittelbar eine Rolle spielt. Ich denke, hier muss man stark differenzieren und sich auch davor hüten, bestimmten Gruppen von

vornherein und pauschal Sexismus zu unterstellen, nur weil sie religiös diskriminierend handeln. Häufig stellt sich die religiöse Diskriminierung umgekehrt als Fiktion dar, weil es nicht primär um religiöse Diskriminierung, sondern um Macht geht und darum, diese Macht durchzusetzen. Einige Beispiele für Good Practices bei indigenen Völkern gibt es in Südamerika. So hat man etwa in Peru versucht, die Rechte solcher Völker, insbesondere ihre Territorien, besser zu schützen. Das ist sehr erfreulich, allerdings erleben wir im Nachbarland Brasilien gerade die umgekehrte Entwicklung, weil dort die Uhren eher zurückgedreht werden.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Delius. Als nächster hat Professor Bielefeldt das Wort.

SV Prof. Dr. Dr. h.c. Heiner Bielefeldt (Friedrich-Alexander-Universität, Erlangen-Nürnberg): Vielen Dank. Auch ich möchte mit dem Thema indigene Völker beginnen. Herr Schwabe, der Zufall will es, dass Sie – ebenso wie ich – in Bangladesch waren. Ich habe vor drei oder vier Jahren eine meiner Fact Finding Missions unter dem Mandat der VN in Bangladesch durchgeführt. Ich bin damals mit einem Vorfall in den Chittagong Hill Tracts konfrontiert worden. Das sind genau die Gebiete, in denen traditionell die Indigenen heimisch sind. Beim sogenannten Ramo Incident sind im Jahr 2012 22 buddhistische Klöster in Flammen aufgegangen. Bemerkenswert ist, auch in systematischer Hinsicht, dass dahinter ein Mafia-Projekt steht, bei dem es um Land Grabbing geht. Das heißt, die Opfer waren Angehörige einer buddhistischen Minderheit, die zugleich indigen war. In Bangladesch überlappt sich das in hohem Maße. Die Indigenen sind zu einem großen Teil Buddhisten. Was sie aber besonders vulnerabel macht, ist die Tatsache, dass die Landrechte nicht geklärt sind. Für die Ländereien, die sie fast seit Urzeiten bearbeiten und auf denen auch ihre religiösen Bauten stehen – dabei handelt es sich zum Teil um christliche Kirchen, überwiegend aber um buddhistische Klöster –, existieren keine eindeutigen Rechtstitel, weil es damals keine Katasterämter im modernen Sinne gegeben hat. Das macht sie anfällig für die Rolle als Opfer von Mafia-Interessen. Dies ist somit ein Beispiel dafür,



dass die Opfer zwar religiösen Minderheiten angehören, die Täter aber nicht primär religiös motiviert sind. Ob die Mafiosi nun zufällig Muslime oder Ghanis oder überhaupt nicht religiös orientiert sind, spielt in diesem Fall keine Rolle. Die Beispiele, die Schwester Hatune angeführt hat, zeigen, dass es auch genuin religiöse Motive für Menschenrechtsverletzungen gibt; aber manchmal ist es eben auch ganz anders. Manchmal ist das Motiv Nationalismus, manchmal ist es Land Grabbing und manchmal sind es die unersättlichen Kontroll-Obsessionen autoritärer Staaten. Das kann sehr unterschiedlich sein. Ein Good Practice-Beispiel für den Umgang mit Indigenen habe ich in Paraguay gefunden. Hier habe ich die faszinierende Situation angetroffen, dass zwei verschiedene Minderheiten aufeinander getroffen sind. Da sind zum einen die Mennoniten – die übrigens alle noch perfekt deutsch sprechen; die waren mal in Russland und sind dann unter Hindenburg nach Lateinamerika gegangen –, die dort ein Agrobusiness aufgebaut habe. Sie lebten in dem Gefühl, dass der Segen Gottes auf ihnen ruht. Für die Indigenen hatte das aber ganz furchtbare Auswirkungen, weil sie dadurch in eine ökonomische, aber auch bildungsmäßige Abhängigkeit geraten sind. Bei den Schulen, die dort existieren, handelt es sich durchweg um Bibelschulen. Und dort lernen die Kinder der Indigenen gemäß einer sehr rigorosen Variante der Bibellexegese, dass es sich bei ihren heidnischen Riten um reinen Aberglauben handelt, den sie restlos aufgeben müssten. Die Organisation Misereor setzt sich gerade in dieser Region für die Bewahrung der Spiritualität indigener Völker ein. Den Zusammenhang zwischen religiöser und sexistischer Diskriminierung halte ich für ungemein relevant. Ich würde sagen, es gibt eigentlich keine Form der Hassrede, die nicht im Grunde mit Demografieängsten operiert, und es gibt keine Form der Hassrede gegen religiöse Minderheiten, die nicht auch eine klare sexistische Komponente hätte. Ein Beispiel dafür liefert Indien, wo die Rede ist vom Love Jihad, einer Zuschreibung, wonach die Muslime, die ja viele Frauen haben dürfen, gezielt die Töchter des Landes ehelichen, um die demografische Balance zu kippen. Ähnliches habe ich in Sri Lanka erlebt. Dort kursierten Gerüchte über eine von Muslimen betriebene Unterwäsche-Fabrik – das klingt ein

bisschen bizarr, aber die Dinge sind bizarr –, in der angeblich die Unterwäsche mit einer chemischen Substanz manipuliert wurde, um die Fruchtbarkeitsrate der Frauen zu senken. Solche Gerüchte treiben dann die Unternehmen in den Bankrott. Das heißt, wenn wir über religiöse Vorurteile reden wollen, müssen wir auch über Sexismus reden. Wir müssen auch über Gender bezogene Vorurteile reden. Umgekehrt gilt das übrigens auch: Wer Gender-Stereotypen dekonstruiert will, um mehr Raum für die Wahrnehmung menschlicher Realitäten zu schaffen, der sollte sich davor hüten, dass er nicht gleichzeitig religiös bezogene Vorurteile rekonstruiert. Manchmal laufen diese Diskussionen auf ganz unglückliche Weise nebeneinander oder sogar gegeneinander. Wir müssen daher darauf achten, dass wir die beiden Agenden zusammenhalten. Der Kampf um Religionsfreiheit ist immer auch ein Kampf gegen Sexismus. Idealtypisch verkörpert wurde diese Problematik von meiner kürzlich verstorbenen Vorgängerin, Asma Jahangir, die Sonderberichterstatterin für die Religionsfreiheit von 2004 bis 2010 war. Jahangir war eine mutige Frauenrechtlerin in einem islamischen Land, nämlich in Pakistan. Sie hat mehrere Mordanschläge überlebt und hat sich als Frauenrechtlerin zugleich für die Religionsfreiheit eingesetzt. Es gibt auch Organisationen, die genau diesen schweren Kampf führen, und daher müssen wir uns davor hüten, ihnen nicht durch merkwürdige Argumentationen in den Rücken zu fallen. Deshalb gilt es, die Agenda zusammenzuhalten, aber das ist ausgesprochen schwierig. Das ist mit theoretischen Klarstellungen allein nicht zu leisten. Dafür bedarf es der praktischen Umsetzung.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, Professor Bielefeldt. Dann kommt als nächster Herr Dr. Köhler.

Abg. **Dr. Lukas Köhler** (FDP): Vielen Dank, auch für Ihre Statements. Es war gerade in der Eingangsrede sehr interessant zu erfahren, dass Diskriminierung und Verfolgung oft nicht religiös begründet sind, sondern viele andere Hintergründe haben können, die ebenso wenig zu akzeptieren sind. Ich habe zwei Fragen. Meine



erste Frage richtet sich an Herrn Professor Reder und die zweite an Herrn Professor Schirrmacher. Professor Reder, Sie hatten die Völkerverständigung angesprochen. Meine Frage wäre, wie können wir sie denn fördern bzw. haben wir unser internationales Governance-Regime darauf ausgerichtet, dies zu tun. Reichen die SDGs aus oder reicht die Thematisierung der Genderfrage bei den SDGs aus, um die Völkerverständigung voranzubringen? Greifen wir die Frage nach den Ethnien und Minderheiten auf die richtige Weise auf – also schauen wir nur auf sie und helfen ihnen oder handeln wir mit ihnen gemeinsam und führen einen Dialog mit ihnen? Die zweite Frage lautet, ob wir Minderheiten anders repräsentieren müssen? Sind unsere Demokratien überhaupt darauf ausgelegt, mit Minderheiten umzugehen? Ist die Vertretung der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein durch den Südschleswigschen Wählerverband eine sinnvolle Repräsentationsform? Müssen wir Geflüchtete in den Bundestag wählen? Ich weiß es nicht. Wäre dies eine angemessene Form der Repräsentation? Und Sie, Herr Professor Schirrmacher, hatten über Transparenz und Information gesprochen. Ich halte dies für eine zentrale Frage. Ich weiß nicht, ob Sie die fünf Minuten brauchen, um meine Frage zu beantworten, aber vielleicht können Sie darauf noch einmal näher eingehen. Diese Frage stellen wir uns ja auch im Menschenrechtsausschuss sehr oft: Wie viel Information, wie viel Transparenz ist notwendig, um Fälle wirklich aufgreifen zu können? Und wie können wir damit umgehen?

Die **Vorsitzende**: Das war eine Punktlandung. Herzlichen Dank. Zunächst hat Professor Reder das Wort, dann Professor Schirrmacher.

SV Prof. Dr. Michael Reder (Hochschule für Philosophie, München): Vielen Dank. Zunächst zu der ersten Frage, wie und auf welchen Ebenen wir die Völkerverständigung konkret fördern können. In der Frage klingt sozusagen die globale Dimension schon an. Sie verweist auf institutionelle Mechanismen wie die SDGs oder die internationale Zusammenarbeit. Meiner Ansicht nach besteht hier nach wie vor ein Nachholbedarf oder ein Bedarf nach weiterer Intensivierung. Das ist im Grunde das, was ich am

Anfang bereits gesagt habe: Wenn man sich politikwissenschaftliche oder soziologische Studien anschaut, dann erkennt man, dass viele Politikbereiche nach wie vor nationalstaatlich ausgerichtet sind. Das ist einerseits verständlich ist, andererseits aber der globalen Lage nicht angemessen, weil viele politische und ökonomische Entscheidungen, aber auch kulturelle Veränderungen definitiv eine globale Dimension haben. Die SDGs sind meiner Ansicht nach eine Plattform, um bestimmte Themen, die globale Relevanz haben, integriert zu bearbeiten. Da geht es beispielsweise um religiöse Themen, um Sexismus, um Gleichstellung, aber auch um ökologische Fragen. Wir haben bei der Frage von Religion und Gleichstellung gesehen, dass die Themen eng zusammenhängen, und es geht eben darum, sie nicht gegeneinander auszuspielen, sondern sie im Zusammenhang zu sehen. Das gleiche gilt für die ökologische Frage. Wir haben beispielsweise vor einigen Jahren in Indonesien ein Konferenz durchgeführt, zu der wir Vertreterinnen der verschiedenen Religionsgruppen eingeladen habe, um zu ergründen, was jede von ihnen zum Klimaschutz beitragen kann. Wir sind dann mit diesen Gruppen ins Gespräch gekommen. Dabei ging es nicht nur um den Dialog, sondern auch um die Entwicklung konkreter Praktiken. Das heißt, die Bischöfe, die Imame und andere Repräsentanten von Religionsgruppen haben sich zusammengesetzt und erklärt, dass dieses Thema für sie alle relevant sei und dass sie sich selbst darüber wundern, weshalb sie nicht schon früher darüber nachgedacht hätten, was sie gemeinsam für den Klimaschutz tun könnten. Hier bilden die SDGs einen geeigneten Rahmen, innerhalb dessen man so etwas tun kann. Ich glaube, es ist wichtig – das hatte ich vorhin schon gesagt, möchte es aber noch einmal betonen: Für die Völkerverständigung ist Bildung ein zentrales Element – das auch bei den SDGs angesprochen wird – und zwar Bildung sowohl bei uns als auch weltweit. Meine Nichte hat mir vor zwei Jahren – da war sie im Gymnasium in der 10. Klasse – erzählt, dass sie jetzt gelernt habe, was Globalisierung ist. Auf die Nachfrage, was sie denn genau gelernt habe, hat sie geantwortet, sie habe in zwei Stunden Unterricht etwas über die WTO und die UNO erfahren. Das ist sozusagen der Stand der gymnasialen Bildung, was die



Globalisierung betrifft. Ich halte das für desaströs. Denn Globalisierung muss unbedingt zu einem Querschnittsthema werden, bei uns wie auch global. Wir müssen die Mittel, die wir haben, auf eine vernetzte Weise nutzen, gerade auch um Minderheiten Gehör zu verschaffen. Ich möchte ein Beispiel nennen: Die Jesuiten arbeiten zurzeit am Aufbau einer internationalen Universität (JWL), an der Geflüchtete und andere Studierende weltweit über digitale Medien im Rahmen der tertiären Bildung Universitätskurse belegen und damit beispielsweise in ökologischen und sozialen Fragen sowie Fragen der Religionsfreiheit gemeinsam lernen können. Ich halte es für existenziell wichtig, dass Menschen miteinander ins Gespräch kommen, Erfahrungsräume entwickeln, und nicht dies nicht nur hier bei uns, sondern auch global. Die Jugend tut dies ohnehin schon auf ihre digitale Weise. Aber wir brauchen auch sozusagen institutionell mehr Möglichkeiten. Nun zur zweiten Frage, der Frage nach der Repräsentation. Ich denke, dass diese Frage zumindest in der akademischen Landschaft intensiv diskutiert wird. Zudem sind Sie als Volksvertreter durch diese Frage besonders herausfordert, weil Sie in einer globalisierten Welt viele Entscheidungen treffen, von denen Menschen mitbetroffen sind, die in Deutschland nicht wählen dürfen und die auch nicht gehört werden. Dies betrifft Menschen, die hier bei uns wohnen, aber natürlich auch um solche, die woanders wohnen. Ich glaube, wir müssen hier auch demokratietheoretisch kreativ werden und darüber nachdenken, wie sie repräsentiert werden können. Man wird wahrscheinlich nicht so weit gehen können, sie alle gleich mitwählen zu lassen, aber im Grunde geht es darum, dass wir global bestimmte Formen der politischen Entscheidungsbildung brauchen, um die globalen Probleme gemeinsam verhandeln zu können und um den von den Entscheidungen betroffenen Minderheiten die Chance zu geben, gleichermaßen zu partizipieren. Das bedeutet erst einmal, dass die Stimmen, die oft nicht gehört werden, einbezogen werden müssen, indem man etwa über die Schaffung entsprechender institutioneller Mechanismen nachdenkt. Im Bereich der Ökologie und des Umweltschutzes gibt es ja schon viele Ideen, wie beispielsweise die jüngere Generation als eine Minderheit, die ebenfalls oft nicht gehört wird, weil sie keine

Stimme hat, künftig besser repräsentiert werden kann. Das ist ein Bereich, in dem – so denke ich – weltweit noch viel mehr Kreativität entwickelt werden muss. Hier sind auch sie als Parlamentarier herausgefordert, darüber nachzudenken, wie Sie diejenigen, die von Ihren Entscheidungen betroffen sind, angemessen in den Prozess integrieren können.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Als nächster hat Professor Schirrmacher das Wort.

SV Prof. Dr. Dr. Thomas Schirrmacher (Direktor des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit): Ein kurzes Wort zu den Dänen. Wenn Sie ein praktisches Beispiel für die Lage von Minderheiten in Deutschland anführen wollen, dann wären dafür die Sorben und die Wenden, die hier – nicht weit von Berlin entfernt – leben, besser als die Dänen geeignet, weil deren Sprache ja im Nachbarland Dänemark gesprochen wird und daher nicht in der Gefahr steht unterzugehen. Die Dänen befinden sich somit in einer glücklichen Lage. Die Sorben und die Wenden sind hingegen eine Minderheit, die schon lange hier lebt, die aber keinen Nachbarstaat hat, der im Zweifelsfall für sie sorgt. Sorben und Wenden bilden im Übrigen ein hoch interessantes Studienobjekt, sie sind nämlich alle katholisch, weil man die Protestanten unter ihnen so gut in die deutsche Gesellschaft integriert hat, dass sie heute niemand mehr kennt. Nur diejenigen, die aus religiösen Gründen – weil sie Katholiken sind – nie integriert wurden, haben als Minderheit mit einer eigenen Sprache überlebt. Jetzt versuche ich, die Frage nach den Fakten zu beantworten – ein großes Wort. Zunächst müssen wir ganz nüchtern erkennen, dass die Medien nicht fair sind. Sie berichten nicht notwendigerweise über den schlimmsten Fall, und sie sind auch nicht ausgewogen in dem Sinne, dass sie, nachdem sie über ein Volk 22 Mal berichtet haben, entscheiden würden, sich jetzt einem anderen zuzuwenden, das bis jetzt niemand kennt. Es sind andere Kriterien, die darüber entscheiden, was in den Medien berichtet wird. Ich glaube, die Politik muss hier dagegenhalten und sich auch um die Völker kümmern, von denen noch nie jemand gehört hat, die es nicht in die Medien schaffen und die keine eigene Lobby haben. Und das



funktioniert eben nur, wenn man sich informieren lässt oder indem man Fakten herbeischafft.

Jedenfalls hat die Lösung des Problems sehr viel damit zu tun, dass man das Problem wirklich gut kennt. Ich erwähne noch einmal das Beispiel der Massendemonstrationen gegen den christlichen Bürgermeister in Indonesien, der lange Zeit mit dem derzeit amtierenden Präsidenten gemeinsam die Stadt regiert hat und mit ihm zusammen ein umfassendes Anti-Korruptionsprogramm durchgeführt hat. Alle Experten haben nur darauf gewartet, dass die Gegner des Programms zurückgeschlagen. Die haben dann illegale Mittel dafür gefunden. Die Frage ist nun, ob das religiös motiviert war oder nicht. Für die Hintermänner hatte die ganze Angelegenheit mit Religion nicht viel zu tun, sondern nur mit ihrem Geldbeutel. Diejenigen, die demonstriert haben, sind aber über das Thema Religion dazu motiviert worden. Ich habe auf Seite 12 meiner Stellungnahme ein paar Beispiele dafür aufgeführt, wie schon in der Bibel solche Vorgänge beschrieben werden. So hat schon die berühmte Königin Isebel Land Grabbing betrieben. Sie wollte ein Grundstück haben und hat daher den Juden, dem es gehörte, wegen seiner Religion angeschwärzt. Das Beispiel Effesus: Da haben die Goldschmiede ihr Geschäft verloren, weil sie nicht so schlau waren, Kreuze herzustellen, denn dann hätten sie weiter machen können. So aber verlieren sie ihr Geschäft und organisieren daraufhin eine Christenverfolgung. Es ist wieder der typische Fall: Den

Goldschmieden war die Diana vollkommen einerlei, aber das Volk konnten sie mit der Sache aufstacheln. Wenn man also das Kernproblem Korruption bekämpfen will, muss man erst einmal verstehen, was eigentlich dahinter steckt. In Irian Jaya ist das das Hauptproblem. Wenn ich mich in Irian Jaya für verfolgte religiöse Minderheiten einsetze, dann bekämpfe ich automatisch auch die Korruption. Die nötigen Gesetze sind alle vorhanden. Jede Art von Abholzung ist in Irian Jaya heute schon illegal. Sie wird nur nicht verhindert. Und wer ist daran schuld? Das Militär! Die indonesische Regierung ist ungeheuer daran interessiert zu erfahren, wie es Deutschland gelingt, das Militär auf die Ethik des Grundgesetzes zu verpflichten. Insider wissen, dass wir dafür die zentrale Dienstvorschrift „Innere Führung“ haben. Ich habe im Verteidigungsministerium vor kurzem den

Eröffnungsvortrag für eine Debatte über eine neue Zentrale Dienstvorschrift Ethische Bildung gehalten. Dabei habe ich viele Beispiele aus anderen Ländern angeführt. Es ist eine ungeheuer interessante Frage, wie eine zivile Regierung es schafft, das Militär zu kontrollieren. So lange man nur pauschal in der Zeitung liest, dass hunderttausende von Muslimen gegen einen christlichen Bürgermeister demonstrieren, hat man noch nicht viel verstanden. Natürlich ist das wahr, und man muss dagegen Stellung beziehen. Aber nur wenn man auch dahinter schaut, versteht man, warum das passiert und kann dann tatsächlich etwas dagegen unternehmen. Man kennt diese Verschränkung aus der Biologie: Wenn man ein Ökosystem retten will, sollte man nicht nur einen Aspekt betrachten und zum Beispiel fragen, was mit den Schmetterlingen passiert. Man kann sich nicht darauf beschränken, die Schmetterlinge zu retten, sondern man muss sich die ganze Vernetzung genau anschauen, um herauszufinden, wo man am besten ansetzen kann. Das halte ich für ganz zentral. Ich spreche jetzt nicht von Forschungsprojekten, bei denen jemand Gelder einwirbt, sondern ich spreche von Fachleuten, die sich persönlich in solchen Fällen engagieren und die betreffenden Regionen bereisen. Die meisten von uns, die jetzt diese Beispiele anführen, sind eben bei diesen Völkern überall auf der Welt schon gewesen. Anders kann man das nicht machen. Ich weiß nicht, ob damit ihre Frage beantwortet ist.

Die **Vorsitzende**: Es müsste in diesem Fall so sein, weil Ihre Zeit abgelaufen ist.

SV Prof. Dr. Dr. Thomas Schirrmacher (Direktor des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit): Ich wüsste auch nicht, wie ich die Frage anders beantworten sollte.

Die **Vorsitzende** : Vielen Dank Professor Schirrmacher, auch für die Bilder. Als nächste ist Frau Nastic an der Reihe. Bitte!

Abg. **Zaklin Nastic** (DIE LINKE.): Vielen Dank, sehr verehrte Damen und Herren. Wir sprechen hier über verdrängte Ethnien und bedrohte Völker; dabei lag der Fokus bisher stark auf der



Religionsfreiheit. Für uns als Linke will ich daher feststellen, dass wir ganz besonders das Recht, keine Religion zu haben, betonen möchten. Die von der AfD eingeladene Sachverständige hat das Bild eines Islams gezeichnet, der durch eine totalitäre Ideologie geprägt sein soll und der Millionen von Menschen dazu gezwungen hätte zu konvertieren. Demgegenüber hat sie das Christentum als eine Botschaft der Liebe zum Nächsten beschrieben. In diesem Bild fehlen aber die Kreuzzüge und auch die Gewaltausbrüche, die es bis heute auch in vielen christlichen Ländern gibt, in denen es ein Problem ist, eine andere als die christliche Religion oder eben gar keine Religion zu haben. Ich habe zwei Fragen, eine an Herrn Professor Khorchide – ich hoffe, ich spreche Ihren Namen richtig aus – und eine an Frau Professor Hentges. Herr Khorchide, Sie sagten, der Islam sei eine Religion der Barmherzigkeit, und sie betonen, dass der Islam eigentlich Gewalt ablehnt. Könnten Sie das näher ausführen? Und könnten sie ferner darauf eingehen, welche Art von Gewalt und welche Diskriminierungserfahrungen Muslime in Deutschland machen und welche Bedeutung dies insbesondere für die Entwicklung von jungen Menschen hat? Und von Frau Professor Gudrun Hentges möchte ich wissen: Tragen aus Ihrer Sicht – Sie haben es bereits kurz angedeutet – Politik und einzelne Akteure in der Öffentlichkeit zur Polarisierung in der Gesellschaft bei? Machen nicht insbesondere Rechte und Demagogen die Angehörigen von Minderheiten und insbesondere von religiösen Minderheiten zu Sündenböcken? Ich denke unter anderen an Muslime und an die seit vielen Jahren und Jahrzehnten größte Minderheit in Europa, nämlich die Roma. Führt dies nicht dazu, die Gesellschaft zu spalten und die Menschenrechte der Betroffenen zu verletzen? Und gefährdet dies nicht letztlich auch unsere Demokratie?

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Dann erteile ich zunächst Professor Khorchide das Wort.

SV Prof. Dr. Mouhanad Khorchide (Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Zentrum für Islamische Theologie): Zuerst möchte ich etwas Grundsätzliches zum Thema Gewalt sagen. Wir müssen hier zwischen Geschichte und Gegenwart

unterscheiden. Ich gebe ich Schwester Hatune vollkommen Recht, dass in der 1400 Jahre langen Geschichte des Islams nicht alles gut gelaufen ist. Bei vielem, was im Namen des Islams geschehen ist und was man als religiöse Eroberungskriege ausgegeben hat, handelte es sich in Wahrheit um hegemoniale Eroberungskriege, bei denen es um die Ausdehnung von Macht ging. Aber legitimiert wurden diese Kriege durch die Religion. Aus heutiger Sicht muss man sich daher – wenn man die Dinge fair und objektiv betrachten will – auch als Muslim von einigen Dingen in der islamischen Geschichte distanzieren, auf die wir Muslime einst stolz waren. Was wir als religiöse Eroberungen bezeichnet und oft positiv bewertet haben, waren vielfach nur Machtkriege; das muss man ganz klar sagen. Ähnliches erleben wir heute in vielen Ländern des Nahen Ostens, ob Saudi-Arabien oder Jemen. Diese Konflikte werden deklariert als Krieg zwischen Sunniten und Schiiten, obwohl es eigentlich um Machtfragen in der Konkurrenz zwischen Saudi-Arabien und Iran geht. Das muss man mitberücksichtigen. Die andere Frage bezog sich darauf, wie die Stellen in Koran zu interpretieren sind. Ich bin ein bisschen zusammengezuckt, als Sie die Stellen genannt und ausgeführt haben, dass da dieses und jenes steht, weil ich es sonst nur von muslimischen Extremisten oder Mentalisten gewöhnt bin, dass sie den Koran so lesen. Das ist so, als wenn ich das Alte Testament zur Hand nehmen und zitieren würde, was dort wortwörtlich steht. Das machen doch auch nur die Evangelikalen, wenn überhaupt. Von dieser Lesart, den Koran wörtlich zu nehmen und damit den historischen, aber auch den intertextuellen Kontext zu vernachlässigen, distanzieren wir uns immer mehr. Denn man kann alles Beliebige in den Koran hineinlesen, wenn man ihn aus dem historischen Kontext herauslöst. Wir achten auch in der Ausbildung für die Religionslehrkräfte hier in Deutschland sehr darauf, den Koran in den historischen Kontext des 7. Jahrhundert einzurichten und damit Vieles zu relativieren. Auch der Koran kommuniziert ein patriarchalisches Frauenbild, das muss man klar sagen. Es ist aber ein Unterschied, ob ich die Textstellen als einen Imperativ verstehe, der sich unmittelbar an uns in der Gegenwart richtet, oder als eine deskriptive Beschreibung eines Zustandes im 7. Jahrhundert auf der arabischen Halbinsel. Das betrifft auch das Thema Gewalt, auch auf



theologische Ebene. Wir können Textstellen, in denen Gewalt propagiert wird, nur entschärfen und relativieren, indem wir sie historisch verorten. Das tun wir auch in Rahmen von Präventivprojekten gegen Extremismus. Und nun konkret zu Ihrer Frage: Sie wollten wissen, welche Erfahrungen der Diskriminierung muslimische Jugendliche oder Muslime generell in Deutschland machen. Es gibt dazu eine recht aktuelle, im Mai 2016 veröffentlichte Studie von Detlef Pollack, die auch repräsentativ für türkischstämmige Muslime in Deutschland ist. Interessanterweise stellt er fest, dass die Mehrheit der Befragten nicht von unmittelbaren Diskriminierungserfahrungen berichtet im Sinne, dass sie angespuckt oder beschimpft würden. Aber über 60 Prozent der Befragten sagen, dass sie, um erfolgreich zu sein und um in die Mittelschicht aufzusteigen, das Dreifache dessen leisten müssten, was Einheimische leisten. Zudem würden sie weiterhin nicht anerkannt. Das ist die Erfahrung der Diskriminierung, unter der viele leiden – keine direkte, sondern eine implizierte Diskriminierung, die unterstellt: Ihr schafft das nicht, ihr bleibt einfach marginalisiert in der Gesellschaft, egal was ihr leistet. Wie ich am Beginn in meinem Eingangsstatement bereits kurz erwähnt habe, haben diejenigen, die hier geboren und aufgewachsen sind, hohe Erwartungen an die Gesellschaft in dem Sinne, dass sie erwarten, in Deutschland eine Heimat geboten zu bekommen. Wenn diese Erwartung enttäuscht und die Identifikation mit Deutschland erschwert wird, weil es an Anerkennung mangelt, dann kann dies dazu führen, dass sich abstrakte Kollektive unter dem Dach der Religion bilden. Bei dieser ausgehöhlten, entkernten religiösen Identität geht es nicht wirklich um die Religion an sich, sondern es geht nur um Identität. Es geht um ein kollektives Wir-Gefühl, das einem niemand wegnehmen kann, weil das nationale Zugehörigkeitsgefühl immer wieder erschüttert wird. Im Übrigen ist dies auch eine Ursache dafür, dass – wie wir es erlebt haben – in Deutschland mehr Türkischstämmige Erdogan gewählt haben als in der Türkei selbst. Wenn man diese Türkischstämmigen aber fragt, ob sie sich vorstellen könnten, in der Türkei zu leben, weil sie Erdogan nun einmal als Präsidenten gewählt haben, dann antworten sie mit Nein und sagen: Ich möchte hier leben, aber ich wähle ihn, weil er

mir sagt, ich bin Dein Präsident ohne Wenn und Aber, du gehörst zu mir, ich erkenne dich an. Das Problem zeigt sich auch bei unserer Arbeit an Untersuchungen zum Extremismus oder zum Salafismus. Es geht immer um die Frage der Anerkennung. Bei der Entscheidung, weshalb man sich einer Gemeinschaft anschließt, spielt es eine zentrale Rolle, ob einem diese Gemeinschaft eine Plattform bietet und ob sie sagt: So wie du bist, unabhängig von deiner Leistung, wirst du anerkannt und bist einer von uns. Wenn wir als Gesamtgesellschaft dabei versagen, den Jugendlichen ein Gefühl von Anerkennung zu vermitteln, dann führt dies dazu, dass sie diese Anerkennung woanders suchen. Ich will damit nicht gesagt haben, dass die fehlende Anerkennung die unmittelbare Ursache für eine Radikalisierung ist, aber das spielt eine Rolle.

Die **Vorsitzende**: Herr Professor Khorchide, herzlichen Dank. Ich glaube, ich könnte nicht Präsidentin des Deutschen Bundestages sein, weil ich dann immer irgendwann das Mikro ausstellen müsste. Als nächste ist Frau Professor Hentges an der Reihe.

SV Prof. Dr. Gudrun Hentges (Universität zu Köln): Vielen Dank für die Frage. Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang zu einem kleinen Rückblick einladen. Vielleicht erinnern Sie sich an das Jahr 2000, als in Österreich die erste Regierung Schüssel aus den Parteien ÖVP und FPÖ gebildet wurde. In einer Situation, in der die europäischen Weisen darüber nachgedacht haben, ob die Regierung in Österreich boykottiert werden soll oder nicht, bestand eine der ersten Amtshandlungen dieser Regierung darin, eine Initiative mit dem Ziel auf den Weg zu bringen, die Volksgruppenrechte in der Verfassung zu verankern. Darüber ist man erst einmal etwas erstaunt. Ich habe damals die gesamte Berichtsausstattung über diesen Vorgang mitverfolgt, habe mich intensiv damit beschäftigt und darüber nachgedacht, wie es dazu gekommen ist, dass eine Regierung aus ÖVP und FPÖ es als eine ihrer ersten Aufgaben ansieht, Volksgruppenrechte in der Verfassung zu verankern. Was man dann in der betreffenden Debatte erleben konnte, war, dass die Gruppe der autochthonen Minderheiten gegen die



allochthonen Minderheiten ausgespielt wurde. Die Regierung war angetreten mit dem Ziel, für die Rechte der autochthonen Minderheiten einzutreten. (Zwischenruf aus dem Ausschuss) Sie schauen so irritiert? Es ging um die Verankerung der Rechte der autochthonen Minderheiten, der alteingesessenen Minderheiten in Österreich – also der Slowenen, der Kroaten etc. – dies aber bei gleichzeitiger Missachtung der Rechte der neu Zugewanderten ebenso wie der Rechte derjenigen, die in zweiter oder dritter Generation als Kinder oder Enkel der Gastarbeitergeneration in Österreich leben. Ich sage das deshalb an dieser Stelle, weil das ein Mechanismus ist, den ich schon vor genau 18 Jahren beobachtet habe. Was ich jetzt beobachte, ist, dass die Fraktionen im Parlament das Thema „Verdrängte Ethnien – bedrohte Völker“ auf die Agenda setzen und damit den Blick in Richtung Türkei, Nordafrika, Naher und Mittlerer Osten wenden, während sie die Menschenrechtssituation von allochthonen Minderheiten in Deutschland außer Acht lassen. Wenn ich noch einmal in Erinnerung rufe, aus welchen Elementen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte besteht, dann erkenne ich, dass dazu nicht nur das Recht auf körperliche Unversehrtheit gehört – das mit Sicherheit ein ganz zentrales Recht ist –, sondern auch das Asylrecht – das Friedrich März gerade zur Disposition gestellt hat –, das Recht auf Eheschließung und Familiennachzug (Es ist gerade in der Diskussion, ob der Familiennachzug nochmals verschoben wird.), das allgemeine und gleiche Wahlrecht, das Recht auf soziale Sicherheit, das Recht auf Arbeit, das Recht auf gleichen Lohn und das Recht auf Bildung. Wenn wir diese Kriterien, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte aus dem Jahr 1948 festgeschrieben sind, auf die Situation von Migrantinnen und Migranten bzw. von Zugewanderten in Deutschland anwenden, dann sehe ich persönlich, ebenso viele andere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, einen enormen Bedarf an politischen Maßnahmen zur Herstellung von Gleichstellung und Gleichberechtigung dieser Gruppen. Da ich derzeit an der humanwissenschaftlichen Fakultät in Köln lehre – der früheren erziehungswissenschaftlichen Fakultät – möchte ich dies noch einmal am Beispiel der Bildung

bzw. des Rechts auf Bildung verdeutlichen. Aus einem zentralen Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte – dem Recht auf Bildung – folgt, dass Kinder und Jugendliche mit Migrations- oder Fluchtgeschichte die Möglichkeit haben sollten, entsprechend ihren Fähigkeiten und ihrer Intelligenz Schulen zu besuchen und auf ihrem Bildungsweg erfolgreich zu sein. Wenn wir uns nun die Realität anschauen – und ich habe dazu gerade in den letzten Tagen eine ausgezeichnete Dissertation einer Kölner Kollegin gelesen –, dann stellen wir fest, dass es eine systematische, institutionelle Diskriminierung im deutschen Bildungssystem gibt, die so funktioniert, dass Kinder und Jugendliche, die die deutsche Sprache nicht perfekt beherrschen, sofort als weniger intelligent als andere Kinder und Jugendliche betrachtet werden. Sie sind daher in den Förderschulen und den Hauptschulen überrepräsentiert. Sie alle wissen, welche beruflichen Biografien, welche beruflichen Chancen daraus resultieren. Aus meiner Perspektive ist es absolut erforderlich, genau an diesem Punkt anzusetzen um sicherzustellen, dass die Sprache nicht zu einem Ausschlussmechanismus wird.

Sprachwissenschaftlerinnen wie Ingrid Gogolin aus Hamburg sprechen hier von einem monolingualen Habitus – einem Habitus, der an deutschen Schulen vorherrscht und der dazu führt, dass Kinder und Jugendliche mit Migrations- oder Fluchthintergrund systematisch benachteiligt werden und in Deutschland keine großen beruflichen Chancen haben. Nun ein letzter Punkt, auf den ich eingehen möchte: In der Gruppe der Geflüchteten finden wir recht viele Lehrerinnen und Lehrer, also Personen, die in der Regel nur ein Fach studiert, aber alle Fächer unterrichtet haben. Nun gibt es zurzeit einerseits einen Lehrermangel, insbesondere in NRW, andererseits aber auch ein Defizit an Lehrern und Lehrerinnen mit sogenannten Migrationshintergrund. Wir haben in Köln ein Programm mit dem Titel Refugee Teachers aufgelegt. Darin liegt die große Chance, Menschen, die für das Lehramt studiert haben und die auch als Lehrerinnen oder Lehrer in ihren Herkunftsländern tätig waren, in das deutsche Bildungssystem zu integrieren und ihnen damit die Chance zu geben, Kinder und Jugendliche mit Migrations- oder Fluchtgeschichte an deutschen



Schulen dazu zu ermutigen, den Bildungsweg zu beschreiten. Das wäre meiner Ansicht nach eine wichtige Maßnahme, die unbedingt ergriffen werden muss.

Die Vorsitzende: Ich muss Sie an dieser Stelle ein wenig mahnen, sich etwas stärker an die Zeitbegrenzung zu halten. Das richtet sich an alle. Nur dann können wir noch eine zweite Runde anschließen, und das wird, wie meine Abfrage im Ausschuss ergeben hat, von allen gewünscht. Als nächster hat Herr Gehring für zwei Minuten Fragezeit das Wort.

Abg. **Kai Gehring** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank an alle Sachverständigen. Ich möchte als ersten Sachverständigen Herrn Delius befragen. Wir teilen auf jeden Fall Ihre Auffassung zur Religionsfreiheit und auch dazu, wie Sie diese hergeleitet haben. Sie haben auch viel über die religiösen Minderheiten und ihren Status gesprochen. Was uns allerdings Sorge bereitet, ist, dass die Konfessionslosigkeit und damit das Recht, keiner Religion anzugehören, ein wenig aus dem Blickfeld gerät, und dass es Länder gibt, in denen der Religionswechsel verboten ist. Es wäre gut, wenn Sie auf diese Aspekte noch einmal etwas stärker eingehen und sich dabei auch auf die entsprechenden politischen Settings beziehen würden. Die Frage ist, was die deutsche Außenpolitik, aber auch die Menschenrechtsbeauftragte oder ein Weltanschauungsbeauftragter tun könnten, um Entsprechendes in die Wege zu leiten. Der zweite Punkt bezieht sich auf die Tatsache, dass Sie in Ihrem Gutachten auch die ökologischen, ökonomischen und sozialen Ursachen für Vertreibungen angesprochen haben. Daraus ergibt sich die Frage, inwieweit Sie bei der Bundesregierung einen Handlungsbedarf in Bezug auf die Klimapolitik, die Außenwirtschafts- und Außenhandelspolitik sowie die Regulierung unternehmerischer Tätigkeiten sehen, weil die Umweltzerstörung eine der Ursachen für die Bedrohung und Vertreibung von Menschen ist. Es geht hier also um Stichworte wie Sorgfaltspflicht transnationaler Unternehmen, Klimakonferenzen, fairer Handel etc. Ich möchte ferner Herrn Bielefeldt zu dem Themenkreis Bedrohung durch gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und

antisemitischen Stereotypen befragen, den Sie in Ihrem Gutachten angesprochen haben. Es interessiert mich, welche Entwicklungserspektiven Sie in der Gedenkstättenarbeit sehen, welche Leerstellen in der Kulturpolitik existieren und wie sie die Rolle insbesondere der Menschenrechtsbildung in den Einrichtungen der Aus- und Weiterbildung beurteilen. Eine weitere Frage an Sie bezieht sich auf das Geschichtsbewusstsein, das durch den deutschen Kolonialismus entstandene Unrecht und die unterentwickelte Erinnerungskultur. Ich möchte erfahren, wie Sie den Stand der Aufarbeitung hier zu Lande beurteilen und welche Maßnahmen sie für zielführend halten würden.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Zunächst Herr Delius.

SV **Ulrich Delius** (Direktor der Gesellschaft für bedrohte Völker e. V.): Was die Klimapolitik und den Klimawandel angeht, haben wir den Eindruck, dass die Wahrnehmung für die Folgen des Klimawandels auf den verschiedenen Kontinenten hier in Deutschland wie auch in der deutschen Politik stark eingeschränkt ist. Dies hat durchaus auch Einfluss auf den Umgang mit dem Thema Flucht und Migration. Die Problematik der Klimaflüchtlinge wird hierzulande immer noch stark unterschätzt. Wie rasch die Situation vor allem in einem Gürtel von West- nach Ostafrika bzw. in der Sahelzone eskaliert, das wird, glaube ich, von der deutschen Außenpolitik bis jetzt noch nicht ausreichend wahrgenommen, weil es ihr nur um die Frage geht, wie man verhindern kann, dass die Flüchtlinge kommen, während man zu wenig für die Ursachenanalyse und auch dafür tut, die Regierungen der betreffenden Ländern dazu zu bewegen, diese Dinge ernster zu nehmen. Wie wir häufig beobachten können, werden diese Staaten entweder autoritär geführt oder sie gehen – sofern es sich um Demokratien handelt, wie in Nigeria – über die Interessen der lokalen Bevölkerung weitgehend hinweg. Und dies hat dann häufig dramatische Folgen für den Klimawandel. Beispielsweise werden die Auseinandersetzungen zwischen Hirten und Bauern in Nigeria von den Medien und der Politik noch sehr wenig wahrgenommen. Dieser Konflikt



fordert inzwischen mehr Tote als die Boko Haram-Krise, über die zeitweise jeden Tag in den Medien berichtet wurde. Das heißt, wir müssen diesen Problemen viel mehr Aufmerksamkeit widmen; wir müssen aber auch ein Bewusstsein dafür entwickeln, inwieweit dies mit uns bzw. mit dem Engagement deutscher Unternehmen zusammenhängt. Wir hatten im letzten Jahr einen Fall, über den ein bisschen mehr in die Öffentlichkeit gedrungen ist. Ich meine die Wahl unseres ehemaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder zum Aufsichtsratsvorsitzenden des großen russischen Unternehmens Rosneft, eines Unternehmens, das massiv vom Klimawandel profitiert und das in der Arktis sehr aktiv ist. Unter diesen Aktivitäten haben viele indigene Völker stark zu leiden; außerdem schaffen sie eine dramatische ökologische Situation in vielen Gebieten der russischen Arktis und Sibiriens. Dies ignorieren wir weitgehend, solange wir feststellen, dass wir dadurch warme Wohnungen haben. Die Energie, die dort zum Beispiel in Form von Erdgas gewonnen wird, landet zum Gutteil in deutschen Wohnzimmern. Wo bleibt da das Hinterfragen, wie sind hier die Zusammenhänge, wer hat schließlich die Folgen zu tragen? Wenn eine Pipeline gebaut wird, dann hat dies nicht nur zur Folge, dass es die USA stört, wenn wir zu viel Handel mit Russland betreiben, sondern dies wirft auch das Problem auf, dass am Beginn des Weges vor allem die Indigenen die Zeche zu zahlen haben. Dafür fehlt auf jeden Fall noch das Bewusstsein. Was das Wirken der Unternehmen angeht, denken wir, dass man viel stärker auf Verbindlichkeit und auf gesetzliche Regelungen setzen müsste, deren Einhaltung man auch einfordern kann. Denn bisher handelt es sich überwiegend einen freiwilligen Mechanismus, was zur Folge hat, dass sich das Engagement für Minderheiten und Menschenrechte meist auf PR-Aktivitäten auf den Webseiten der Unternehmen beschränkt. Das sieht dann zwar für die Konsumenten wunderbar aus, bei einer Prüfung im Detail stellt man aber meist fest, dass Anspruch und Wirklichkeit hier auseinanderklaffen. Daher denken wir, dass man noch viel stärker den Dialog mit den Unternehmen im Rahmen des Nationalen Aktionsplans für Wirtschaft und Menschenrechte suchen und von den Unternehmen fordern sollte, die Standards, die sie nach außen hin hochhalten,

auch wirklich zu erfüllen. Was das Recht auf Religionswechsel angeht, schließt dies natürlich auch das Recht ein, keine Religion zu haben. Dies hat eine Reihe von Vorrednern ebenfalls schon hervorgehoben. Diejenigen, die die Religion wechseln, haben große Probleme, ganz gleich, ob das in Indien ist oder in verschiedenen islamischen Staaten. Die Situation der Konvertiten ist sehr schwierig, auch mit Blick auf die Anerkennung als Flüchtlinge. Deren Lage müsste in der deutschen Außenpolitik auf jeden Fall eine größere Rolle spielen. Es geht darum, das Menschenrecht auf Religionsfreiheit als ein globales, universelles und unteilbares Recht anzuerkennen, das nicht nur Christen betrifft, sondern auch Menschen, die keine Religion haben wollen.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Nun hat Professor Bielefeldt das Wort.

SV Prof. Dr. Dr. h.c. Heiner Bielefeldt (Friedrich-Alexander-Universität, Erlangen-Nürnberg): Danke für die umfangreichen und komplizierten Fragen. Ich antworte im Telegrammstil. Die Konfessionslosigkeit ist im Prinzip Bestandteil der Religions- und Weltanschauungsfreiheit. In der Praxis gibt es aber Probleme. Ferner ist der Glaubenswechsel der Testfall schlechthin, ob es sich bei der Religions- und Weltanschauungsfreiheit um ein Freiheitsrecht handelt oder um eine Art Artenschutzsicherung. Streng genommen gibt es im Menschenrechtskontext kein Recht auf kollektive Identitäten, sondern immer nur ein Recht auf die freiheitlichen Bedingungen dafür, dass man sie selbst entwickeln und bestimmen kann. Deshalb ist für die Religionsfreiheit die Frage des Glaubenswechsels der Testfall schlechthin. Es gibt eine ganze Reihe von Ländern mit Strafgesetzen gegen den Glaubenswechsel; manchmal wirken diese indirekt über Konversionsverbote oder über Blasphemiegesetze. Es gibt da eine breite Palette. Zum Thema Antisemitismus: Ich bin für die UNO mal nach Transnistrien gereist – das ist ein von russischen Friedenstruppen besetzter, abgespaltener Streifen von Moldawien – und habe dort mit Angehörigen der jüdischen Minderheit gesprochen – unter etwas komplizierten Bedingungen, wie man sich ausmalen kann. Und



da bekomme ich die Ansicht zu hören, dass dort jeder anders darüber denke, ob der Holocaust an den Juden tatsächlich stattgefunden hat oder nicht. Es gibt dort überhaupt keine öffentliche Kultur der Erinnerung oder der Klarstellung. Hier vermischen sich Narrationen, Fantasien und historische Fakten in einer Weise, die dazu führt, dass die Tatsachenbasis für das Geschichtsbewusstsein erodiert. Hannah Arendt hat schon vor fünfzig Jahren sehr spannende Artikel dazu geschrieben. Sie vertritt die Auffassung, dass unser politisches Handeln zerstört wird, wenn wir die Debatte über solche Unrechtsnarrationen nur noch der Fantasie einzelner oder der Vermarktung durch die Filmindustrie oder durch andere überlassen. Mir ist damals klar geworden, es gibt etwas viel Schlimmeres als die Holocaust-Leugnung, das ist die Holocaust-Indifferenz, die darin zum Ausdruck kommt, dass in einer Gesellschaft die Lüge gar nicht mehr auffällt, nicht mehr auf Abwehr trifft oder überhaupt nicht mehr thematisiert wird, weil die Haltung zu dem Geschehenen nur noch Sache der persönlichen Ansicht ist. Deshalb kann man die Bedeutung von Gedenkstättenarbeit gar nicht hoch genug einschätzen. Da sind die Stolpersteine und die Geschichten, da kann man Dinge anfassen und den Sinn für die kategoriale Differenz zwischen Hollywood – oder auch anderen Filmen, es muss ja nicht alles aus Hollywood stammen – und real erlebten Unrechtserfahrungen ertüpfen. Das muss immer wieder neu erarbeitet werden, denn wenn diese Ereignisse sozusagen in den Nebel einer Fake History hineingeraten, dann ist das entsetzlich. Wir können dann nicht mehr miteinander über diese Dinge reden. Und dann werden Begriffe wie Nazi oder Bolschewik austauschbare Etiketten in einem politischen Kampf, in dem es nur noch irgendwie um eine vage Unrechtsassoziation geht, aber nicht mehr um prägnante Inhalte. Das erleben wir zurzeit auch gerade in Osteuropa. Deshalb, glaube ich, ist es für das Thema Antisemitismus so ungemein wichtig – ich werde jetzt ein bisschen pathetisch – diese Tatsachenbasis immer wieder stark zu machen und diese Geschichte zu erzählen, gerade auch im Rahmen der Menschenrechtsbildung. Dabei geht es nicht einfach nur darum, den Zeigefinger zu heben, sondern es geht um die Realität, um Wahrnehmung, Horizonterweiterung

und Empathiefähigkeit. Wir fangen nämlich nicht mit normativen Standards an, mit Artikeln der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, sondern mit Narrationen und Tatsachen. Ich glaube, das ist die entscheidende Basis. Und das ist selbst in Deutschland keineswegs so durchgängig exemplarisch geschehen, wie wir das manchmal annehmen. So ist die Geschichte der nationalsozialistischen Herrschaft in Polen nicht so präsent, wie man meinen könnte. Das hat auch zu manchen aktuellen Irritationen geführt. Dies gilt noch mehr für die Geschichte des kolonialistischen Unrechts. Ich war zufälligerweise vor einem Jahr in Arusha und habe dort eine Gedenkstätte für die 300.000 Opfer des deutschen Kolonialismus in Tansania gesehen. Wer weiß denn, dass es dort 300.000 Tote gegeben hat, in welchen Geschichtsbüchern steht das denn? Ich meine, wir haben große blinde Flecken, Leerstellen in Bezug auf solche Ereignisse, über die vielleicht ein paar Spezialisten etwas wissen, die aber im öffentlichen Bewusstsein wenig präsent sind. Ein bisschen bekannter geworden ist die Geschichte der Hereros. Es hat sich herumgesprochen, dass die Tötung der Hereros vielleicht der erste Genozid des 20. Jahrhunderts gewesen ist. Dennoch ist dieses Ereignis immer noch sehr schwach präsent, etwa in Schulbüchern. Sensibilisierungsarbeit oder Menschenrechtsarbeit sind verknüpft mit Geschichten, das ist, glaube ich, ein ganz wichtiger Punkt.

Die Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Professor Bielefeldt. Dann würde ich jetzt zur zweiten Runde übergehen. Einmal für Sie zur Information: Sie müssen nicht zwei Sachverständige befragen, und Sie als Sachverständige müssen die fünf Minuten auch nicht voll ausschöpfen, wenn dies aus Ihrer Sicht nicht notwendig ist. Ich würde jetzt Herrn Altenkamp als nächsten in der zweiten Runde aufrufen.

Abg. Norbert Altenkamp (CDU/CSU): Vielen Dank. Ich habe zwei Fragen, weil ich Martin Patzelt mit vertrete, also politische Zellteilung betreibe. Zunächst möchte ich mich bei den Sachverständigen bedanken: Es hat mir gut gefallen, was Sie ausgeführt haben. Insofern fällt es mir ein bisschen schwer, meine Frage jetzt an



einen einzelnen Sachverständigen zu richten. Ich habe mich für Herrn Schirrmacher entschieden. Eines ist mir in der ersten Fragerunde aufgefallen und hat mir ein bisschen zu denken gegeben: Wenn ich mir den Fragekatalog und insbesondere die Fragen der Kollegen und Kolleginnen aus den anderen Fraktionen ansehe, dann habe ich den Eindruck, dass von rechts ein gewisser Wind her weht, so nach dem Motto: Wie du mir, so ich dir. Wenn wir keine Kirchen in der Türkei bauen dürfen, dann dürfen die auch keine Moscheen in Deutschland bauen. Das wird so nicht explizit gesagt, aber man kann es recht deutlich herauslesen. Ähnlich geht es weiter, nach dem Motto: Wenn wir bei uns so viel Gleichheit und Freiheit haben, wie kann es dann sein, dass woanders – vor allem in den islamischen Ländern – diese Gleichheit nicht besteht. Ähnliches ist mir bei den Linken aufgefallen. Dort werden Menschen teilweise regelrecht in eine Opferrolle gedrängt, so nach der Devise: Du hast es in der Schule nicht weit geschafft, und dafür gibt es mannigfaltige Gründe, aber du bist nicht schuld daran, sondern die Gesellschaft, weil das Bildungssystem nicht so ist, wie es sein sollte. Dies treibt mich deswegen um, weil ich mich für die Frage nach dem Zusammenhalt der Gesellschaft interessiere. Schießen wir nicht manchmal in unserem Tun übers Ziel hinaus, sodass die eine Seite reflexartig auf die andere Seite reagiert, oder tun wir an einer anderen Stelle vielleicht manchmal zu wenig. Ich sehe da ein Dilemma. Wir sind einerseits alle guten Willens, andererseits habe ich aber die Sorge, dass man als Vertreter der Mitte gegenüber den Argumenten von links und rechts manchmal ein bisschen hilflos dasteht. Das ist im Grunde meine Frage. Und von Herrn Patzelt soll ich an Herrn Delius die Frage stellen ...

Die Vorsitzende: Herr Altenkamp, ich muss jetzt strenger werden. Ich müsste von Ihnen jetzt wissen, ob die eine Frage nur an Herrn Schirrmacher gerichtet ist.

Abg. Norbert Altenkamp (CDU/CSU): Die Frage richtet sich nur an Herrn Schirrmacher.

Die Vorsitzende: Gut, dann muss ich jetzt Schluss

machen. Es tut mir wirklich leid. Wir entschuldigen uns bei Herrn Patzelt.

Abg. Norbert Altenkamp (CDU/CSU): Das wird Herrn Patzelt sicher nicht freuen.

Die Vorsitzende: Ab jetzt bin ich strenger. Sie können sich gern bilateral verabreden. Herr Professor Schirrmacher, Sie haben das Wort.

SV Prof. Dr. Dr. Thomas Schirrmacher (Direktor des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit): Zunächst gab es eine konkrete Frage – die sich auf die Nummer drei bezieht – nach dem Motto „Wie du mir, so ich dir“. Dazu, denke ich, habe ich in meinem schriftlichen Statement bereits alles gesagt. Ich kann es gern noch einmal vorlesen. Zunächst ist es eine Selbstverständlichkeit, dass Besucher aus einem unfreien Land in einem freien Land sehr viel Freiheit genießen, und die Besucher aus dem freien Land in dem unfreien Land eben nicht. Das zweite, was oft übersehen wird, bezieht sich auf die Frage nach den Moscheen. Diese Frage betrifft Muslime mit deutschem Pass jedoch gar nicht. In deren Heimatland können Kirchen gebaut werden, also können in ihrem Heimatland auch Moscheen gebaut werden. Das kann, wenn überhaupt, nur jemanden betreffen, der keinen deutschen Pass hat. Denn einem Moslem, der einen deutschen Pass hat, kann es völlig gleichgültig sein, ob man in der Türkei Moscheen bauen kann oder nicht. Ferner betrifft es auch eine Gruppe wie die Ahmadiyyas nicht, die hier ja die meisten Moscheen bauen. Denn es gibt keinen Staat, aus dem sie stammen. Der einzige Staat, wo sie herkommen, ist Pakistan, und dort werden sie totgeschlagen. Also kann ich nicht sagen, ihr dürft hier keine Moscheen bauen, weil ihr auch in Pakistan keine bauen dürft. Dafür müsste man erst einmal eine Verbindung herstellen können zwischen den Menschen, die hier sind, und einem anderen Staat; und man müsste ihnen nachweisen, dass sie überhaupt Einfluss auf diesen Staat haben. Dies wirft eine ganz grundsätzliche menschenrechtliche Frage auf – etwa die nach parallelen Menschenrechtsfällen. Ich nehme hier mal das ein wenig an den Haaren herbeigezogene Beispiel der beiden



Drogenhändler. Ich vergleiche den malaysischen Drogenhändler, der in Deutschland verhaftet wird und auf einen Rechtstaat trifft, mit dem deutschen Drogenhändler, der in Malaysia im Schnellverfahren zum Tode verurteilt wird. Nun drehen wir das Ganze einmal um und sagen: Der Drogenhändler kommt aus einem Land mit Todesstrafe, und solange die auch Deutsche betrifft, sorgen wir dafür, dass die Drogenhändler aus diesem Land bei uns auch mit der Todesstrafe rechnen müssen. Das können wir auch auf viele andere Fälle anwenden. Mit der zweiten Frage sprechen sie ein für mich ganz wesentliches Thema an. Ich will es einmal ganz plump sagen: Ich habe in meiner Menschenrechtarbeit zwei Schwerpunkte, Religionsfreiheit und Menschenhandel. Sie können sich wahrscheinlich schnell ausrechnen, welche Parteien mich zu welchem Thema am häufigsten einladen. Das sind fast zwei verschiedene Welten für mich. Wenn ich aber anfange, darüber zu reden, wie eng die beiden Themen zum Teil miteinander verschränkt sind, dann bringe ich die Leute damit durcheinander. Ich glaube natürlich, dass die Ausrichtung der politischen Parteien auch in Menschenrechtsfragen stark zum Ausdruck kommt. Aber da muss man sehr vorsichtig sein. Das ist ein bisschen schwierig zu sagen. Jede Partei hat ihre eigene Wählerschaft und muss sich für die Belange und Interessen dieser Wählerschaft einsetzen. Die können ja nicht sagen: Ich bin so neutral, ich bin für jeden da. Aber bei menschenrechtlichen Fragen zeigt sich das Problem, dass die einen sich nur für religiöse Menschen einsetzen und die anderen für nicht religiöse. Ich persönlich würde sagen, dass hier in Deutschland die Religionsfreiheit für nicht religiöse Menschen dadurch uneingeschränkt gewährleistet ist, dass man aus der Kirche austreten kann, was man früher nicht konnte. Zum mindesten hat man, wenn man ausgetreten ist, seinen Job verloren oder konnte nicht mehr Beamter sein oder was weiß ich. Das ist schon einmal das erste Schutzelement, dass man bei uns, von wenigen Beispielen abgesehen, aus irgendeiner Religionsgemeinschaft austreten kann. Ich sage aber ganz offen, wir haben da noch Defizite, nämlich bei unseren Kindern. Ich kenne christliche Familien, in denen die Eltern hellau entsetzt sind, wenn die Kinder Atheisten werden. Ich kenne aber auch atheistische Familien, in

denen die Eltern hellau entsetzt sind, wenn die Kinder plötzlich in irgendeiner Form fromm werden. Das ist natürlich der Lackmustest, ob wir unseren eigenen Kindern diese Freiheit zugestehen. Und wenn ich die Beispiele höre, weiß ich immer, wer das Beispiel angeführt hat. Die Nichtreligiösen führen ungern Beispiele dafür an, dass Nichtreligiöse solche Befürchtungen haben, und die Christen oder die Religiösen führen ungern Beispiele dafür an, dass das bei ihnen der Fall ist. Ich glaube persönlich, dass diese Haltung nicht vorrangig etwas mit der Weltanschauung der Eltern zu tun hat, sondern damit, wie die Eltern zur Zukunft ihrer Kinder stehen. Ich habe über die Verschränkung der Bereiche gesprochen, und ich halte es für sehr typisch, was man an dem Beispiel Irian Jaya ablesen kann, das ich noch einmal heranziehe, auch wenn es immer wieder kommt. Ich kann in gewisser Weise leichter über die Abholzung tropischer Wälder oder über den Verlust der Artenvielfalt sprechen als über den Untergang von bestimmten ethnischen Minderheiten. Für Andere ist wiederum die ökologische Seite interessant. Es ist aber nun einmal so, dass beides zugleich verloren geht. Rein abstrakt ist der Verlust von Menschenleben natürlich schlimmer als der Rückgang der Artenvielfalt. Aber das ist nur eine theoretische Differenzierung. In Wirklichkeit sind Menschen und Umwelt gleichermaßen bedroht, und das Beste wäre...

Die **Vorsitzende**: Sie müssen zum Ende kommen, Herr Professor Schirrmacher...

SV Prof. Dr. Dr. Thomas Schirrmacher (Direktor des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit): Ja, Entschuldigung. Das Beste wäre, wenn religiöse und nicht religiöse Menschen, politisch linke und politisch rechte in Menschenrechtsfragen eine große Phalanx bilden und den Gegner nicht im jeweils anderen sehen, sondern nur die wirklichen Täter als Gegner betrachten würden.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Nun hat Herr Braun das Wort.

Abg. **Jürgen Braun** (AfD): Ich finde es sehr gut,



wie vielseitig wir hier diskutieren und wie viele Aspekte hier zum Ausdruck gebracht werden. Es ist natürlich wesentlich, dass wir uns hier besonders intensiv mit der Situation von Minderheiten im Nahen und Mittleren Osten beschäftigen. Denn es wird oft vergessen, dass es sich hierbei zu großen Teilen um die Gebiete des Urchristentums handelt und dass Christen dort teilweise seit über 1.300 Jahren verfolgt werden, wobei die Kopten sich zwar auch nicht gerade in einer komfortablen Lage befinden, aber immerhin in erstaunlich hoher Zahl die Verfolgungen und die vielen Anschläge und Morde überlebt haben. Das ist bis heute so geblieben. Herr Khorchide, ich würde gern vieles von dem glauben, was Sie gesagt haben, einfach weil Sie gute Gedanken zum Ausdruck bringen und Ziele formulieren, die für die Entwicklung des Islams wünschenswert wären. Das Problem ist nur, dass die maßgeblichen Stimmen in der islamischen Welt etwas anderes sagen und wollen und dass sie den Koran anders und eben häufig sehr wörtlich interpretieren. Wir haben beim unserem Besuch Kairo gerade erlebt, dass selbst der als gemäßigt geltende Großscheich der Azhar-Universität in Kairo, der quasi als geistiger Führer der Sunnitnen weltweit eingestuft wird, auf meine sehr deutliche Frage nach den Menschenrechten und nach der Kairoer Erklärung für Menschenrechte geantwortet hat, dass es selbstverständlich einen Vorrang des islamischen Rechts gebe und dass alle Menschenrechte unter dem Vorbehalt der Scharia stehe würden. Ich wollte Schwester Hatune bitten ...

Die **Vorsitzende**: Herr Braun.

Abg. **Jürgen Braun** (AfD): Wir haben vorhin den Zeitrahmen nicht überzogen. Ich bitte daher darum ... Frau Hatune ist frühzeitig unterbrochen worden.

Die **Vorsitzende**: Nein, Herr Braun

Abg. **Jürgen Braun** (AfD): Deswegen würde ich gern ...

Die **Vorsitzende**: Nein. So machen wir das nicht.

Auf keinen Fall.

Abg. **Jürgen Braun** (AfD): Doch. Es haben alle...

Die **Vorsitzende**: Nein, Herr Braun.

Die **Vorsitzende**: Herr Braun. Wir machen das hier jetzt ganz entspannt. Herr Braun, ich habe gesagt, dass wir das ganze Verfahren in der ersten Runde erst einmal üben wollen. In der zweiten Runde bin ich jetzt kritischer, das heißt, wir stellen nur eine Frage. Herr Khorchide, Sie haben das Wort für fünf Minuten.

Abg. **Jürgen Braun** (AfD): Ich habe nicht ihn gefragt.

Die **Vorsitzende**: Ich habe Sie so verstanden, dass Sie Herrn Khorchide angesprochen haben. Möchten Sie die Frage an Schwester Hatune stellen? Sie müssten sich entscheiden, an wen Sie die Frage stellen. An Schwester Hatune. Entschuldigung. Frau Hatune, Sie haben das Wort.

Schwester **Hatune Dogan** (Hatune Foundation, Warburg): Aufgrund meiner Erfahrungen im Nahen Osten werde ich eine Lösung vorschlagen, bevor ich anfange. Es wird weder im Nahen Osten noch irgendwo sonst für Minderheiten die Möglichkeit geben zu existieren, wenn nicht vor Ort die Menschenrechte geschützt werden. Deshalb wäre es mir lieb, wenn die Welt dorthin schauen würde, wo die Probleme liegen, und dort nach Lösungen suchen würde, denn sonst haben die Menschen dort keinen Halt mehr. Im Nahen Osten haben sie es am schwersten. Herr Khorchide, im Koran sind 64 Prozent des Textes als fanatisch anzusehen, das ist die Realität. 64 Prozent sind gegen andere Menschen gerichtet. Wenn es im Koran künftig keine Reformen gibt, wird es – und es tut mir Leid, das zu sagen – auf der Welt keinen Frieden geben. Dafür müssen Sie sich einsetzen, der Islam muss das tun, von außen kann man nichts machen. Die Muslime sind nicht alle so gebildet wie Sie. Ich kann Ihnen ein Beispiel erzählen. Im Jahr 2010 bin ich in Kassel in einen Zug eingestiegen – weil ich das



Bundesverdienstkreuz bekommen habe, war ich nach Wiesbaden eingeladen worden – und da stand ein junger Mann mit seinem Sohn. Der junge Mann fragte, ob ich Italienerin sei oder Griechin oder Spanierin. Ich sei wohl keine gebürtige Deutsche. Ich habe gesagt: Nein, ich komme aus der Türkei. Er war erstaunt darüber, dass es in der Türkei Christen gibt. Ich habe ihn gefragt, ob er bisher auf dem Mond gelebt hat. Erst dann haben wir uns im Zug hingesetzt. Ich habe ihm erklärt, weshalb ich fliehen musste. Meinem Vater wurde gedroht, in Einzelteile zerlegt zu werden, weil er islamische Diebe aus seinem Weinberg getrieben hat. Ich habe dem jungen Mann berichtet, dass ich in einer reichen Familie gelebt habe, aber innerhalb einer Woche meine Heimat verlassen musste, und dass die Ursache der Koran ist. Er sagte, jetzt verstehe ich: Mein Sohn Tobias ist vier Jahre alt. Ich habe in Darmstadt mit einer jungen islamisch-türkischen Familie ein Doppelhaus gebaut. Die Familie lebt in der fünften Generation in Deutschland. Zufällig haben wir in derselben Woche unsere Söhne Mohammed und Tobias bekommen. Die beiden waren dicke Freunde, die haben zusammen gekrabbelt und einander besucht. Wir haben sogar für den kleinen Mohammed Essen ohne Schweinefleisch gekocht, aber seit zwei Monaten ignoriert er uns total. Vor zwei Wochen habe ich ihn zur Rede gestellt und gefragt: Mohammed, bitte sag' mir, du bist doch der Freund von Tobias, warum kommst du nicht mehr? Und er hat geantwortet: Bitte komm' mir nicht zu nah, du bist ein Ketzer, ein Ungläubiger, du issst Schweinefleisch und trinkst Alkohol. Mein Allah sagt mir: Du bist ein echter Moslem, du gehst zur Moschee, und du darfst keine Freundschaft schließen mit diesen Ungläubigen. Mohammed sagte weiter: Oh Allah, verzeih mir bei meinem Leben, ich schwöre dir, dass ich nie wieder Freundschaft mit diesen Ungläubigen schließe. Das Kind ist vier Jahre alt. Sein Vater sagt zu mir: Hallo Freund ... Also – die sind alle nicht so gebildet wie Sie und sie praktizieren den Islam heute und morgen. Daher bin ich der Meinung: Wenn diese Reform nicht kommt, wird es keinen Frieden auf der Welt geben. Das ist mein Anliegen: Bitte reformieren Sie den Koran, möglichst einheitlich für die ganze Welt, und ändern Sie diese Verse um in friedliche Verse. Wir wissen, es gibt den Koran in den Versionen

von Mekka und von Medina. Der Koran aus Mekka war friedlich – das gibt es auch –, aber der Koran aus Medina ist schrecklich. Da geht es nur um Kampf und Krieg gegen Ungläubige. Daher muss etwas getan werden. Nur Sie können das tun, nicht wir. Der gesamte Nahe Osten wird bedroht durch diese Verse. Ich meine nicht die Aleviten und die Schiiten, sondern die Teile der Sunnitnen, die sich nach dem Koran richten und dessen Mission erfüllen wollen. Nur diese Gruppe spreche ich an. Das muss differenziert werden.

Die Vorsitzende: Vielen Dank, Schwester Hatune. Sie bringen mich jetzt in Probleme. Ich würde sagen, Sie klären das bilateral. Möchte der Ausschuss noch die Entgegnung von Professor Khorchide hören? Gut, dann haben Sie noch zwei Minuten, und dann machen wir weiter. Ist das für alle in Ordnung? Ich höre kein Widerspruch. Herr Professor Khorchide, Sie haben das Wort.

SV Prof. Dr. Mouhanad Khorchide (Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Zentrum für Islamische Theologie): Ich halte mich an die zwei Minuten. Es wäre schön, wenn es so wäre, dass wir nur den Koran anders lesen müssten, um die Probleme der Welt, vor allem die Gewaltprobleme, zu lösen. Peter Neumann, ein bekannter deutscher Forscher, der in England wirkt, hat viele Studien über Jugendliche durchgeführt, die zum IS gegangen sind. Er sagt: Was sie alle gemeinsam haben, ist, dass sie religiöse Analphabeten sind und keine Ahnung davon haben, was im Koran steht. Das heißt, das grundsätzliche Problem besteht nicht darin, dass diese jungen Leute den Koran lesen und dann gewalttätig werden, sondern es ist ein Komplex von Faktoren, die hierbei eine Rolle spielen. Nur eine davon ist die Theologie, und ich behaupte, die Theologie kommt erst zu einem späteren Zeitpunkt ins Spiel, sie ist nicht die unmittelbare Ursache. Damit will ich nicht Ihre Forderung abwehren und sagen, es sei nicht nötig, den Koran anders zu lesen, aber wir gehen an der Lebenswirklichkeit vorbei, wenn wir das Problem einseitig auf eine bestimmte Lesart des Koran zurückführen. Das größte islamische Land ist Indonesien. Wenn die Zusammenhänge so wären, wie behauptet, dann müssten nach der Wahrscheinlichkeit die meisten Terroristen aus



Indonesien kommen. Das ist aber nicht der Fall. Im Übrigen ist Indonesien – dies wurde vorhin anders dargestellt – durch den Handel zu einem islamischen Land geworden. Das hat somit gar nichts mit Krieg oder militärischen Einsätzen zu tun. Die Menschen waren einfach begeistert von den muslimischen Händlern und haben daher den Islam angenommen. Ich würde auch die Zukunft nicht so düster sehen, dennoch stimme ich Ihnen zu: Natürlich brauchen wir eine historisch-kritische, zeitgemäße Lesart des Koran. Aber ich verspreche Ihnen, das alleine löst leider – schön wäre es, wenn es so einfach wäre – nicht alle Probleme. Wir müssen auch an andere Dimensionen – die politische, die wirtschaftliche, die soziale und viele andere – mitbedenken.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Schwabe hat das Wort.

Abg. Frank Schwabe (SPD): Ich will es noch einmal betonen, Schwester Hatune. Ich habe wirklich ein starkes Mitgefühl für das, was Sie erleben und erlebt haben, und ich habe großen Respekt vor dem, was Sie leisten. Aber die Ursachen für die genannten Probleme sind eben nicht beschränkt auf den Koran oder auf eine bestimmte Religion, das sieht man überall. Als ich in Myanmar war, bin entsetzt gewesen. Einerseits habe ich die friedlichsten Mönche der Welt getroffen, die so waren, wie wir uns Buddhisten vorstellen. Andererseits gibt es dort Mönche, die die übelste Hassreden halten und am Ende dafür verantwortlich sind, dass Menschen – Kinder und Frauen – massakriert oder in übelster Art und Weise behandelt werden. Das geschieht im Namen des Buddhismus, aber solche Handlungen sind nicht gleichzusetzen mit dem Buddhismus. Daher ist der Dialog der richtige Weg. Ich habe in Ihrer Stellungnahme die letzten Sätze gelesen und finde, dass sie für uns alle maßgebend sein sollten: „Nach christlicher Lehre ist Gott die Liebe, er sagt, du sollst deinen Nächsten lieben. Der Teufel dagegen sagt, ihr sollt einander hassen. Jeder Mensch entscheidet für sich allein, welchem Weg er folgt.“ Ich denke, das müsste auch das Motto der heutigen Anhörung sein – vielleicht auch für diejenigen, die diese Anhörung – dankenswerterweise, muss ich sagen – initiiert haben. Ich möchte eine Frage stellen, die sich auf

die sehr spannenden Ausführungen von Prof. Bielefeldt bezieht. Seine Beiträge sind immer auf einem sehr theoretischen Niveau, es ist aber eben sehr wichtig, auch auf diesem Niveau zu diskutieren. Ich möchte wissen, ob es zutrifft, dass alle Machthaber so religiös oder so nationalistisch sind, dass dies sie motiviert, Minderheiten zu unterdrücken. Oder was ist es eigentlich? Ist es die Suche nach Identität, die uns vielleicht in allen Gesellschaften eigen ist und die von politischen Akteuren – wie man, so meine ich, auf der ganzen Welt beobachten kann – ausgenutzt wird, um sie dann im Interesse des Machterhalts oder der Machterlangung gegen Minderheiten zu instrumentalisieren? Außerdem stelle ich die Frage von Herrn Patzelt an Herrn Delius. Ist es so, dass wir durch unser Engagement für Menschen bzw. für Verfolgte die Betroffenen gelegentlich sogar in Bedrängnis bringen, wenn wir die Sache sozusagen falsch anlegen? Das ist die konkrete Frage von Herrn Patzelt gewesen.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Jetzt muss ich einmal fragen, ob Herr Professor Bielefeldt zuerst angesprochen war, Herr Schwabe. Alles klar. Dann hat Herr Professor Bielefeldt das Wort.

SV Prof. Dr. Dr. h. c. Heiner Bielefeldt (Friedrich-Alexander-Universität, Erlangen-Nürnberg): Danke, Herr Schwabe. Die Gründe für Gewalt gegen religiöse oder andere Minderheiten sind unendlich vielfältig. Ich habe einmal versucht, diese Gründe idealtypisch in drei verschiedene Muster einzuteilen. Manchmal ist es tatsächlich so, dass Wahrheit gegen Irrtum, wahre gegen verwässerte Religion steht. Deshalb sind auch theologische Bemühungen, wie die von Herrn Khorchide, so relevant. Also: Auch die Theologie spielt eine Rolle, aber – da stimme ich Ihnen vollkommen zu – sie ist nicht die alleinige Ursache, sondern ein Faktor unter vielen. Ich glaube, dass es häufiger um Fragen der Identität geht, zum Beispiel um nationale Identität und somit um den Konflikt zwischen Zugehörigkeit und Nichtzugehörigkeit. Da geht also nicht um die Ungläubigen, sondern um irgendwelche fremden Sekten. In Ländern wie Indien zum Beispiel gibt es so etwas wie die Orthodoxie oder die religiöse Wahrheit gar nicht. Dort existiert eine unglaublich große, verwirrende Vielfalt von Heilswegen,



Therapien, Mythologien und Philosophien. Religion ist da in einer ganz anderen Matrix organisiert. Da steht nicht der wahre Glaube gegen den falschen Glauben, sondern der Glaube, der auf indischem Boden entstanden ist, gegen denjenigen, der durch Invasoren aus dem Ausland ins Land gekommen ist. Indien ist übrigens auch ein bedeutendes Beispiel dafür, dass historische Traumatisierungen eine große Rolle spielen, und zwar diejenigen aus der jüngeren Geschichte. Es geht nicht um die Geschichte, die man Jahrtausende zurückverfolgen kann, sondern es geht um die Teilung des Subkontinents. Das heißt, aus der Perspektive von Hindu-Nationalisten stehen Muslime irgendwie für Pakistan und Christen für das Trauma des Kolonialismus. Da geht es dann um den Westen, der seine Missionare nach Indien schickt und Wühlarbeit betreibt oder um Pakistan, die offene Wunde, die Teilung, die gerade einmal ein Menschenalter her ist. Es sind Millionen Menschen vertrieben und Hunderttausende massakriert worden. Das ist ganz präsent. Und in den indischen Gefängnissen heißt der finstere Ort, der, wo gefoltert wird, Pakistan. Da gibt es junge Männer mit Bart oder irgend etwas anderes, das mit einem Klischee verknüpft wird – Love Jihad oder Pakistan –, und auf einmal steht das den Menschen alles wieder lebendig vor Augen. Das ist ein anderes als das religiöse Muster. Noch einmal anders liegt der Fall beim Land Grabbing, über das wir gerade gesprochen haben. Auch die Bedeutung von Genderfragen kann man gar nicht hoch genug einschätzen. Genderfragen spielen immer eine Rolle. Manchmal geht es auch schlichtweg um die Kontrollinteressen autokratischer Systeme. Zum Beispiel geht es in China nicht um Fragen der kommunistischen Orthodoxie, etwa wonach Religion das Opium für das Volk ist; das ist eine Sache der Vergangenheit. Nein, es geht vor allem um den gnadenlosen Durchgriff eines Einparteiensystems. Einparteiensysteme leben immer von der Illusion, dass zwischen die Interessen der Partei und die Interessen des Volkes kein Blatt Papier passt. Einparteiensysteme sind daher im Grunde nichts anderes als das, was in Andersons Märchen als der nackte Kaiser beschrieben wird. Legitimations- oder demokratietheoretisch betrachtet, ist China splitterfasernackt und getrieben von der Angst, dass dies irgendjemand mal laut sagt – so

ungefähr wie in dem Märchen, als die Kinder anfangen zu lachen – oder dass in den sozialen Netzwerken, den Kirchengemeinden, den buddhistischen oder den muslimischen Gemeinden offen darüber gesprochen wird. Deshalb arbeitet das Regime mit den Instrumenten der Kontrolle und der Infiltration. Das ist also wieder ein anderes Muster. Es gibt eben sehr unterschiedliche Muster. Und das Plädoyer für Differenzierung – das möchte ich noch einmal betonen – ist nicht nur ein akademisches Anliegen. Es geht nicht um eine akademische Tugend, sondern es geht um Fairness für die Menschen. Das ist der Grund, weshalb wir differenzieren müssen, und nicht deshalb, weil die Wissenschaft immer alles so differenziert betrachtet, dass man nichts mehr sagen kann und alle Klarheit beseitigt ist. Nein, hier geht es wirklich darum – vor allem bei den sensiblen Themen –, Raum für die Menschen zu schaffen. Das ist so wichtig. Und Herr Schwabe, Sie haben am Anfang davon berichtet, dass Sie Buddhisten getroffen haben, die sich für die Ausübung von Gewalt ausgesprochen haben. Wenn der Öffentlichkeit etwas über gewalttätige Buddhisten bekannt wird, sind alle sehr überrascht, weil der Buddhismus eigentlich als gewaltlos gilt. Wenn es hingegen um Muslime und Gewalt geht, ist eigentlich niemand überrascht, und das ist das Schlimme. Denn viele Muslime sind über den IS und seine Massaker genauso entsetzt wie Schwester Hatune. Wir sollten daher bitte auch den Muslimen zubilligen, dass sie überrascht sind. Wir sollten generell davon überrascht sein, dass es möglich ist, heute von Gott, dem Barmherzigen, dem Allerbarmer zu sprechen und morgen Gewalt und Hass zu predigen. Also sollte uns das, was uns bei den Buddhisten überrascht, auch bei allen anderen Religionsgruppen überraschen. Das ist Offenheit und deshalb müssen wir differenzieren. Differenzierung heißt Raum schaffen für Menschen.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Als nächster ist Herr Delius an der Reihe.

SV **Ulrich Delius** (Direktor der Gesellschaft für bedrohte Völker e. V.): Herzlichen Dank, Herr Schwabe, dass Sie die Anregung von Herrn Patzelt aufgreifen. Wenn es um die Durchsetzung von



Menschenrechten geht, dann zeigen sich schnell – wenn ich etwa an die Treffen mit Menschenrechtsorganisationen im Auswärtigen Amt denke – Meinungsverschiedenheiten in der Frage, wie still oder wie laut man das betreiben soll. Wir können da zurzeit viele interessante Prozesse beobachten. Ich denke etwa an ein Beispiel aus dem Bereich der Religionsfreiheit. Ich kann mich noch gut an eine Reihe von Treffen mit Vertretern von christlichen Kirchen aus Indien oder Indonesien erinnern, die so vor fünf, sechs oder sieben Jahren stattgefunden haben. Die haben uns damals berichtet, wie schlimm die Lage sei und dass sie jeden Tag schlimmer werde. Sie haben uns aber auch darum gebeten, nicht darüber zu reden. Wenn ihr darüber redet, sagten sie, dann wird sich das nur negativ für uns auswirken. Mittlerweile, also etwa sieben Jahre später, stelle ich fest, dass sich viel verändert hat und dass es beispielsweise in den christlichen Kirchen Emanzipationsprozesse und Bewusstwerdungsprozesse gegeben hat. Heute sagen sie, wir müssen auf jeden Fall darüber reden, wir müssen es zu einem Thema machen, und zwar hier in unserem Land wie bei euch, denn ihr könnt vom Ausland her häufig mehr erreichen als wir, die wir nur eine relativ unbedeutende Minderheit im eigenen Land bilden. Ich denke, das ist das Wesen der Entwicklung, die wir derzeit beobachten: Man wird sich dessen bewusst, dass es ohne Öffentlichkeit keine Veränderung und auch kein Engagement für die Menschenrechte geben kann. Das gilt nicht nur für Deutschland, sondern auch für Länder wie Indonesien oder Indien. Wenn wir nun von dem Thema Religionsfreiheit weggehen und uns beispielsweise die Verletzung von bürgerlichen Rechten in der Volksrepublik China anschauen, dann stoßen wir auch hier auf einen Meinungsstreit. Lange Zeit wurde die Ansicht vertreten, dass mit dem zunehmenden Handel schon alles besser wird und der Respekt vor den Menschenrechten sich von ganz allein einstellt. Jetzt stellen wir fest: Nichts ist von allein gekommen, die Menschenrechtssituation ist eigentlich immer schlimmer geworden. Aus der heutigen Perspektive können wir das ziemlich genau quantitativ und qualitativ beschreiben. Wir beobachten auch eine Veränderung der Einstellungen im Auswärtigen Amt, im Bundeskanzleramt oder im Bundespräsidialamt,

wo man inzwischen sagt: Wir müssen das mehr zum Thema machen und wir müssen unser Instrumentarium der stillen Diplomatie überdenken und prüfen, welche anderen Mittel wir haben. Schauen wir uns zum Beispiel den Fall von Liu Xia an, der Frau des verstorbenen Friedensnobelpreisträgers Liu Xiaobo. Die wäre niemals hier nach Berlin gekommen, wo sie jetzt in Freiheit leben kann, wenn die deutsche Außenpolitik nicht ein so geschicktes Wechselspiel zwischen stiller Diplomatie und manifestem Auftreten betrieben hätte. So ist zum Beispiel der Deutsche Botschafter in Beijing an die führende Tageszeitung in Hongkong mit dem Angebot herangetreten, ein Interview mit ihm führen, bzw. mit der Aufforderung, ihn dazu zu befragen, wie Deutschland den Fall von Liu Xia sieht. Das hat dann letztlich so viel Druck erzeugt, dass eine Entwicklung in Gang kam, an deren Ende diese Frau dann ausreisen durfte. Chinesische Menschenrechtlerinnen und Menschenrechtler fordern uns immer wieder dazu auf, zum Thema zu machen, was sie in China erleben – als Rechtsanwälte, als Christen, Muslime, Buddhisten oder Journalisten. Sie sagen, wir werden in gewisser Weise alle verfolgt, und dies mit zunehmender Tendenz, weil wir mit einem Staat bzw. einer Staatsführung konfrontiert sind, die um die Machtkontrolle ringt. Und was sie nicht kontrollieren kann, das versucht sie zu zerschlagen. Diese Menschenrechtler bitten uns immer wieder: Fordert die Menschenrechte ein, macht Menschenrechtsverletzungen öffentlich, tretet in der Öffentlichkeit auf! Die Tatsache, dass Frau Merkel – glaube ich – bei vielen chinesischen Menschenrechtlerinnen und Menschenrechtlern eine der beliebtesten Politikerinnen der Welt ist, hängt nicht mit ihrer Politik in Deutschland zusammen, sondern mit der Beständigkeit, mit der sie die Gewährleistung von Menschenrechten in der Volksrepublik China einfordert und dies auch öffentlich tut und nicht nur hinter geschlossenen Gardien. Ich denke, das ist ganz wichtig. In diesem Zusammenhang haben wir auch an den Bundestag die Bitte, dass nicht nur im Menschenrechtsausschuss über die Lage in China gesprochen wird – oder im Plenum, wie kürzlich geschehen –, sondern dass auch die Spitzen der Fraktionen mitmachen und sich nicht auf die Haltung zurückziehen: Wir teilen ja eure Meinung, aber wir müssen auf das große China



Rücksicht nehmen und können nichts sagen. Es wäre wichtig, hier in den nächsten Monaten resoluter aufzutreten, weil die Situation sich sehr stark verschlechtert hat.

Die Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Delius. Herr Professor Bielefeldt, darf ich Sie bitten, das Mikrofon auszuschalten. Wir haben sonst ein Problem mit der Überlagerung, wenn das Protokoll angefertigt wird. Ich habe als nächste eine Frage, die ich gern an Professor Reder stellen würde. In vielen der Beiträge ist bereits angeklungen, wie wichtig die Themen Bildung und Kommunikation sind. Es geht dabei nicht nur um die Information über und die Verarbeitung von bestimmten Inhalten und Fakten, sondern auch darum, wie häufig man miteinander redet, anstatt übereinander zu reden. Sie haben in Ihren Antworten einige interdisziplinäre Foren angesprochen und auch die Möglichkeit, interdisziplinär zu arbeiten. Im Grunde tun wir hier nichts anderes. Ich habe noch einmal nachgeschaut, ich war im März dieses Jahres für ein paar Tage in Indonesien, das ist das größte muslimische Land auf der Welt, in dem im Übrigen im nächsten Jahr Wahlen abgehalten werden. In Indonesien liegt die Alphabetisierungsrate bei über 92 Prozent. Das ist ein Hinweis darauf – und damit vielleicht auch ein Anknüpfungspunkt für unsere Arbeit –, wie wichtig es ist, dass die Schulen dafür sorgen, dass die Schüler selbst Texte lesen können und nicht darauf angewiesen sind, sie von anderen interpretiert zu bekommen. Professor Reder, könnten Sie vielleicht aus Ihrer persönlichen Arbeit bzw. aus der Wissenschaft beispielhaft ein paar Fälle anführen, in denen die Dinge gut funktionieren, in denen Interdisziplinarität praktiziert wird und an die wir hier im Deutschen Bundestag anknüpfen könnten?

SV Prof. Dr. Michael Reder (Hochschule für Philosophie, München): Vielen Dank. Ich denke, die Frage nach der Bildung ist für das übergeordnete Thema des heutigen Nachmittags enorm wichtig. Viele Antworten, die wir gegeben haben, haben sich auf institutionelle Faktoren oder auf Rechte bezogen, und das ist natürlich sehr wichtig. Aber Rechte helfen nicht weiter, wenn die Menschen fehlen, die sie füllen

könnten, die durch ihre Praktiken Diskurse verändern, die neue Sprachspiele annehmen und die neuen lernen. Das heißt, Rechte haben immer nur insoweit einen Wert, wie sie sozusagen von unten gefüllt werden. Insofern finde ich es enorm wichtig, stärker in Bildung zu investieren und zu überlegen, wie wir eine Form des gemeinsamen Lernens finden, bei dem es nicht nur um das Vermitteln von Fakten geht, sondern vor allem auch um den Austausch über die gemeinsamen Erfahrungskontexte. Viele Bildungskonzepte oder Bildungsideen sind noch zu sehr auf das Ziel ausgerichtet, bestimmte Kompetenzen und Fakten zu vermitteln. Demgegenüber wird zu wenig darüber nachgedacht, wie bestimmte Formen des Erfahrungslernens etabliert werden könnten. Ich möchte ein ganz konkretes Beispiel nennen, über das in der Wissenschaft diskutiert wird, das aber auch ganz konkret ist. Es war vorhin vom sozialen Wandel die Rede und davon, dass die Gesellschaft in Teilebereiche zerfällt, wodurch das Wissen darüber verloren geht, welche Erfahrungen man in einer Moschee macht oder welche Erfahrungen Menschen machen, die sich in einem ganz anderen, zum Beispiel atheistischen Kontext bewegen. Vor diesem Hintergrund sind Versuche zu sehen, bestimmte Foren zu etablieren, beispielsweise Mini-Publics oder kleine Öffentlichkeiten, wo die Bürgerinnen in einen regelmäßigen Austausch miteinander treten und ihre Erfahrungen teilen. Im Extremfall kann man hier sogar eine verpflichtende Teilnahme vorsehen. Natürlich wird mancher dann einwenden, dass die Einführung einer entsprechenden Pflicht problematisch ist, und dass man sich fragen muss, ob man das wirklich so regeln will. In einer Gesellschaft, die wie die unsere zerfallen ist, ist es aber umgekehrt politisch geboten darüber nachzudenken, ob man nicht zumindest Anreize dafür geben bzw. Fördermaßnahmen einführen sollte, um zum Austausch anzuregen. Wichtig scheint mir zudem zu sein, dass es in den Bildungsprozessen nicht nur um Fragen der Religion geht – es ist ja angesprochen worden, wie wichtig das ist –, sondern auch um Minderheiten, die gar nichts mit dem Thema Religion zu tun haben, die sich aber ebenfalls diskriminiert oder ausgegrenzt fühlen. Ich möchte hier eine Gruppierung nennen, die sozusagen im globalen Maßstab versucht, sich in Bildungsprozesse einzubringen, nämlich die



LGBT-Community. Sie wird auf unterschiedliche Art und Weise und in den unterschiedlichsten Bereichen tätig, um auf ihre Probleme aufmerksam zu machen, beispielsweise im Bereich des Fußballs. So haben wir bei der letzten Fußballweltmeisterschaft erlebt, wie diese Community auf ihre Minderheitenrechte aufmerksam macht. Es handelt sich um eine Gruppierung, die in vielen Ländern der Welt nicht qua Kultur, Tradition, Religion oder Sprache, sondern aufgrund ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert wird. Das Beispiel der LGBT zeigt, wie man Bildungsprozesse nutzen kann, vor allem auch durch den Einsatz digitaler Medien. Ich glaube, wir brauchen deutlich mehr Formen des Austausches, um zu lernen, welchen Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen Menschen ausgesetzt sind. Auch dem, was Herr Bielefeldt über Differenzierung gesagt hat, möchte ich ausdrücklich zustimmen. Denn es geht hier nicht um akademische Ziele, sondern darum, die konkrete Vielheit wirklich erfahrbar zu machen, also um die Menschen und ihre jeweiligen Kontexte. Das Interdisziplinäre ist, glaube ich, ein Aspekt, den wir von akademischer Seite aus gut mit einbringen können. Die Sachverständigen in dieser Runde sind ja ein Beispiel dafür, weil wir aus ganz verschiedenen Disziplinen kommen. Aber auch wir haben einen Lernbedarf. Für uns geht es nämlich darum, die verschiedenen Sprachspiele ineinander zu übersetzen und für den öffentlichen und politischen Diskurs erfahrbar zu machen. Auch hier geht es wieder darum, eine globale Position einzunehmen. Ich möchte dafür noch einmal ein konkretes Beispiel anführen. Ich habe recht viel mit Tunesien zu tun, einem Land, das sich im Umbruch befindet bzw. das Transformationsprozesse durchläuft. Eine frühere islamistische und jetzt islamische Partei hat versucht, hier in Deutschland bei den politischen Institutionen Gehör zu finden, was ihr bis jetzt nicht gelungen ist. Die Partei versucht nun, über verschiedene Bildungsprogramme, über die Stiftungen der Parteien, aber auch über klassische Universitätsprogramme in einen Austausch zu kommen, um über ihre Situation zu sprechen. Bis jetzt trifft sie noch oft auf Abwehr, weil viele sich fragen, um was es eigentlich gehen soll. Ich glaube, wir brauchen besondere Foren – in der Universität, aber auch in den Schulen – in denen wir uns austauschen und dann eine

gesamtgesellschaftliche Debatte anstoßen können. Ich glaube, das ist sehr wichtig. Bildung ist nicht nur eine Aufgabe von bestimmten Institutionen, von Schulen und Universitäten, sondern auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die darin besteht, uns neugierig auf andere Erfahrungskontexte zu machen und uns in die Lage zu versetzen, diese auch zu verarbeiten. Meiner Meinung nach könnten hier solche Foren wie beispielsweise die Mini-Öffentlichkeiten ein Beispiel sein. In München haben verschiedene Gruppierungen, vor allem aus dem Jungengbereich, aber auch aus dem Segment der Älteren, damit begonnen, miteinander zu sprechen. Ich glaube, das könnte ein guter Weg sein.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Dann habe ich jetzt Herrn Brandt auf der Rednerliste.

Abg. **Michel Brandt** (DIE LINKE.): Vielen Dank. Ich habe drei Fragen an Frau Professor Hentges und würde dazu gern zwei Sätze aus Ihrem Bericht zitieren. Zitat: „Solche Ideologien wie zum Beispiel der Ethnopluralismus argumentieren essentiell und gehen von der Prämisse aus, dass jede Vermischung von Ethnien oder Kulturen zu bekämpfen sei. Folglich treten sie faktisch für einen Apartheidstaat ein, der das Ziel hat, eine ethnische Homogenität zu erreichen. Prominent vertreten werden solche Positionen derzeit u. a. von der Identitären Bewegung“. Meine Frage: Hat Ihrer Meinung nach die AfD einen deutschen Apartheidstaat mit ethnischer Homogenität als Vision? Und wenn ja, was deutet darauf hin? Meine zweite Frage bezieht sich auf das, was Sie vorhin in Ihrem Statement angesprochen haben, nämlich dass vor allem rechte und rechtsnationale Parteien eine gewisse Doppelmoral bzw. Doppelstandards beim Thema Menschenrechte an den Tag legen. Meine Frage, die uns auch hier im Parlament stark beschäftigt, lautet, was wir dagegen tun können und worin dabei die Aufgabe der Zivilgesellschaft besteht. Ferner haben Sie Probleme bei der Gleichstellung und Gleichberechtigung der Geschlechter angesprochen. Diese Einschätzung teilen wir. Meine dritte Frage lautet daher, welche Maßnahmen aus Ihrer Sicht geeignet wären und welche Schritte getan werden müssten, um diese



Ungleichheit zu beseitigen.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Frau Professor Hentges hat das Wort.

SV Prof. Dr. Gudrun Hentges (Universität zu Köln): Vielen Dank. Also ich nehme dann die letzten 15 Minuten in Anspruch – Ist das in Ordnung? – und überziehe ein bisschen. Also nein, wir hören pünktlich auf. Vielen Dank für die interessanten Fragen. Ich versuche, mich kurz zu fassen. Erster Punkt, die Frage, ob die AfD für einen deutschen Apartheidstaat mit ethnischer Homogenität als Vision eintritt. Ich hole kurz aus. Der Begriff des Ethnopluralismus stammt ursprünglich von Alain de Benoist, einem Vertreter und prominenten Vordenker der Nouvelle Droite in Frankreich. Der Begriff wurde dann quasi neu aufgelegt von Henning Eichberg, der in den siebziger Jahren in Stuttgart promoviert und – ich glaube, mit einem DFG-Stipendium – auch habilitiert hat und der dann die letzten Jahre und Jahrzehnte in Dänemark gelebt hat. Ethnopluralismus ist eine Ideologie, die darauf abzielt, dass Ethnien und Territorien zur Deckung gebracht werden. Mit anderen Worten: Klar umrissene Territorien werden bewohnt von Ethnien, die möglichst ethnisch homogen sind. Das ist eine Ideologie, die sich im Laufe der letzten Jahre immer mal wieder hervorgetan hat und die derzeit maßgeblich verbreitet wird von der Identitären Bewegung, die Ihnen allen ja ein Begriff ist. Ich habe mich im Laufe der letzten Jahre immer wieder mit dem Thema Identitäre Bewegung beschäftigt. Ich nenne in diesem Zusammenhang auch das Stichwort Fulda, wo sie zum Beispiel viele Anhänger hat. Ich habe ihre Internetseiten analysiert und dabei quasi diskursanalytisch herausarbeiten können, welche Bedeutung die Ideologie des Ethnopluralismus hat. Jetzt muss man allerdings fragen, was dies konkret sein soll: Tritt die Identitäre Bewegung tatsächlich dafür ein, das die nationalstaatlichen Grenzen abgeschafft werden und die Bayern, die Sorben, die Wenden oder die Dänen unter sich bleiben? Dazu muss man sagen: Es ist viel heiße Luft, die von Seiten der Identitären verbreitet wird. Im Grunde genommen geht es um eine Kampfansage an die multikulturelle Gesellschaft, an interkulturelle und transkulturelle Formen des

Zusammenlebens. Die Frage, wie in dieser Hinsicht die AfD einzuschätzen ist, möchte ich folgendermaßen beantworten: Ich habe mich im Laufe des letzten Jahres intensiv mit den Rechtspopulisten im Parlament beschäftigt. Mein Buch dazu ist Anfang Oktober erschienen. Ich habe sehr viele parlamentarische Initiativen der AfD zur Kenntnis genommen und mich kritisch mit ihnen auseinander gesetzt. Was ich feststellen konnte – oder besser gesagt – was wir als Autoren und Autorinnen feststellen konnten, ist, dass der Ideologie der AfD ein bestimmtes Verständnis von ethnischen Nationalismus zu Grunde liegt, und zwar ein ethnischer Nationalismus in dem Sinne, dass ein Nationalstaat als ethnisch homogen gedacht und konzipiert wird. Personen anderer Herkunft, insbesondere Geflüchtete, gehören hier nicht dazu. Der erste Antrag, den die AfD im Oktober letzten Jahres in den Bundestag eingebracht hat, stand unter dem Motto „Rückführung syrischer Asylbewerber oder Flüchtlinge“ – ich weiß es nicht mehr ganz genau. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen, dass (Zwischenrufe) darin die Förderung der freiwilligen Rückkehr und in diesem Zusammenhang die Aufnahme von Verhandlungen mit Assad gefordert wird. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Um die Frage kurz zu beantworten: Nein, die AfD tritt nicht für einen deutschen Apartheidstaat ein, aber sie vertritt Positionen – Stichwort ethnischer Nationalismus – die anschlussfähig für solche Vorstellungen wie die einer Segregation sind. Das war der erste Punkt. Der zweite Punkt: Doppelmoral und Menschenrechte. Ich hatte es bereits bei der Beantwortung der ersten Frage anklingen lassen: Ich halte es für erforderlich, in erster Linie danach zu fragen, wie die Menschenrechtssituation in dem Land aussieht, in dem wir leben und in dem wir die Möglichkeit haben, Einfluss zu nehmen, indem wir entsprechende parlamentarische Initiativen auf den Weg bringen. Mit Blick auf die Situation insbesondere von Geflüchteten, aber auch mit Blick auf die Situation von People with Color, Menschen jüdischer Herkunft oder Glaubens und Muslimen muss man sagen, dass die Menschenrechtssituation in diesem Land an vielen Punkten zu wünschen übrig lässt und dass es wichtig wäre, politische Instrumente zu entwickeln. Dies leitet auch gut zur letzten Frage



über, welche Möglichkeiten für die Herstellung von Gleichstellung und Gleichberechtigung ich sehe. Ich habe im Vorfeld zu der Anhörung darüber nachgedacht, welche Möglichkeiten es dafür geben könnte – und zwar über das Antidiskriminierungsgesetz hinaus, dass ja bereits vor einigen Jahren auf den Weg gebracht und dann auch implementiert wurde. Wenn wir uns die Situation in den USA anschauen, sehen wir, welche Konsequenzen die dortige Menschenrechtsbewegung hatte. Eine der Konsequenzen war die Durchsetzung von Affirmative Action und positiver Diskriminierung. Wenn wir versuchen, in unserem Land die Kohärenz der Gesellschaft zu stärken, das Zusammenleben zu verbessern und gegen die Polarisierung zu arbeiten, dann brauchen wir politische Maßnahmen in der Art einer Affirmative Action, um jene Gruppen, die schlechter gestellt sind, im Sinne einer positiven Diskriminierung besser zu stellen und ihnen Chancen zu geben, insbesondere was ihre Bildungsbiografie angeht. Danke.

Die **Vorsitzende**. Vielen Dank. Als nächste Frau Bause, bitte.

Abg. **Margarete Bause** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Wir sind jetzt fast am Ende. Aus meiner Sicht, aber auch – so glaube ich – für den Ausschuss war dies ein sehr inspirierender Nachmittag. Die Anhörung hat in vielen Fragen zur Orientierung und zur Klärung beigetragen, auch durch die vielen konkreten Beispiele, die Sie angeführt haben, darunter sehr kluge Beispiele etwa für die nötige Differenzierung. Meines Erachtens ist sehr deutlich geworden, dass es nicht irgendwie um gute und böse Religionen, sondern um Machtausübung geht bzw. um den Versuch der Herstellung von Identität durch Ausgrenzung von anderen Gruppen und um staatliche Kontrolle mit den Mitteln der Religion. Das nehme zumindest ich als Fazit aus den Beiträgen dieses Nachmittags mit. Ich habe noch zwei Punkte, die ich gern ansprechen möchte. Wir haben vielfach über religiöse Minderheiten gesprochen, unter anderem über die Minderheit der Sinti und Roma, auf die Sie, Herr Delius, vorhin kurz zu sprechen gekommen sind und die Sie auch in Ihrem

Gutachten erwähnt haben. Es handelt sich hier um eine seit Jahrhunderten unterdrückte und ausgesgrenzte Gruppe, die in vielen Ländern sozusagen als Sündenbock herhalten musste, was auch dazu diente, Identität herzustellen und Macht auszuüben. Hier knüpft meine Überlegung an. Nachdem viele Versuche, den Antiziganismus zu überwinden und die Rechte der Sinti und Roma zu stärken, bis heute nicht zum Erfolg geführt haben, stellt sich die Frage, ob es dafür überhaupt erfolgreiche Ansatzpunkte gibt. Ferner habe ich eine Frage zur Situation der Frauen an Herrn Bielefeldt. Es wurde ja mehrfach darauf hingewiesen, dass Gewalt gegen und Vergewaltigung von Frauen als Kriegswaffe eingesetzt wird. Zugleich ist uns bekannt, welch wichtige Rolle Frauen in Postkonfliktsituationen zukommt. Was könnte Deutschland tun, um genau in diesen Situationen den Einfluss von Frauen zu stärken, um zu einer Stabilisierung der Lage beizutragen?

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Dann zunächst Herr Delius und dann Herr Professor Bielefeldt.

SV **Ulrich Delius** (Direktor der Gesellschaft für bedrohte Völker e. V.): Was die Förderung von Sinti und Roma in den letzten Jahren und Jahrzehnten anbelangt, müssen wir feststellen, dass viele Ansätze, ihre gesellschaftliche Anerkennung zu verbessern, gescheitert sind. Aber wir müssen eben auch bedenken, in wie vielen Jahrhunderten die bestehenden Vorurteile sich gebildet haben. Und es geht hier nicht nur um die Bundesrepublik Deutschland. Wenn man den Blick insbesondere nach Süd- und Osteuropa wendet, dann findet man zum Teil eine deutlich dramatischere Situation vor. Was die Menschen aus der Praxis berichten, wenn das Brückenbauen im Einzelfall mal funktioniert hat, ist, dass es zum Beispiel nützt, mit Unternehmen zu sprechen und den Menschen die Möglichkeit zu geben, mehr berufliche Bildung zu bekommen. Danach geht es vor allem darum, mittelständische und kleine Unternehmen zu finden, die bereit sind, sie einzustellen und damit auch in deren Zukunft zu investieren, ohne genau zu wissen, was daraus wird. Das erleben wir in Serbien, in Rumänien und auch in Bulgarien. Erfolgreich sind vor allem solche Ansätze, bei denen mit ganz individuellen



Methoden Unternehmen überzeugt werden, diese Menschen einzustellen. Sie sind dann oft selbst überrascht, wie gut diese Projekte auf Dauer funktionieren. Ich denke, in solche Projekte müsste man noch viel mehr investieren, man müsste noch viel mehr Engagement zeigen. Auf anderen Seite geht es immer wieder um Bildung. Der Abbau der Vorurteile und generell des Antiziganismus kann nur gelingen, wenn auch die wirtschaftliche und soziale Diskriminierung beseitigt wird. Man darf das nicht trennen und meinen, wenn man das Bildungsangebot in den Schulen verbessert, auch um Vorurteile abzubauen, dann wird sich das Problem von allein lösen. Es ist erforderlich, einen integrierten Ansatz zu verfolgen. Denn wenn wir den Antiziganismus wirksam bekämpfen wollen, dann bedarf es auch der sozialen Anerkennung, dann brauchen wir insbesondere für die Roma auch wirtschaftliche Erfolge. Sinti und Roma lassen sich nur bedingt vergleichen, weil deren Situation letztlich sehr unterschiedlich ist. Was ich gesagt habe, bezog sich vor allem auf die Roma in Deutschland und in Süd- und Osteuropa. Die Sinti werden zum Teil sehr viel positiver wahrgenommen, sie sind auf jeden Fall wirtschaftlich und gesellschaftlich stärker integriert. Aber natürlich gibt es auch da noch enormen Spielraum nach oben, und es müsste mehr dafür getan werden. Aber wie gesagt, man muss immer wieder betonen, wie wichtig es ist, diesen integrativen Ansatz zu verfolgen. Es kann nicht nur um Teilespekte gehen. Den Antiziganismus erfolgreich zu bekämpfen, wird nur gelingen, wenn man die Lebenssituation der Menschen verändert.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Nun Professor Bielefeldt.

SV Prof. Dr. Dr. h. c. Heiner Bielefeldt (Friedrich-Alexander-Universität, Erlangen-Nürnberg): Vielen Dank für die Frage. Vermutlich war es in der Geschichte immer schon oder jedenfalls oft so, dass Vergewaltigung als Kriegswaffe diente. Man hat darüber aber über Jahrtausende hinweg kaum gesprochen oder sich allenfalls gegenseitig Schreckengeschichten erzählt. Das gab es natürlich immer schon, die wurden im Flüsterton erzählt. Aber die Tatsache, dass Vergewaltigung in

der Form der Massenvergewaltigung systematisch als Kriegswaffe eingesetzt wird, haben wir uns erst in den letzten 20 oder 30 Jahren bewusst gemacht. Die Praxis als solche ist vermutlich uralt. Es handelt sich um eine Kriegswaffe, die ganz unmittelbar die Frauen betrifft, aber letztlich auch die Männer. Es geht darum, den Männern zu demonstrieren, dass sie ihre Frauen, Mütter und Töchter nicht beschützen können. Das geht auch immer mit Hasspropaganda einher, die an Demografieängste anknüpft. Genderfragen, so glaube ich, sind nicht der einzige, aber ein ganz entscheidender Schlüssel zur Analyse von Gewaltphänomenen. Deshalb ist es auch sehr wichtig, bei der Bewältigung von Gewaltphänomenen – bei der Präventionsarbeit, bei der praktischen Bewältigung oder auch bei der Post-Conflict-Bearbeitung – Genderaspekte systematisch mit zu berücksichtigen, das heißt, Frauen als Akteurinnen stark zu machen. Es gibt ja eine eigene Sicherheitsratsresolution der UNO zu dem Thema. Manche Menschen laufen sogar mit T-Shirts mit der Zahl 1325 herum, auch wenn ich dies in letzter Zeit nicht mehr so oft gesehen habe, weil die Resolution schon fast 20 Jahre alt ist. Die betreffende Sicherheitsratsresolution fordert genau das, nämlich dass Frauen in allen Stadien als Akteurinnen mit dabei sein sollen. Dabei geht es nicht nur um Opfergeschichten, sondern auch um einen aktiven, kreativen Beitrag. Das heißt dann ganz praktisch, wir brauchen mehr Polizistinnen. Denn wie will man einem Problem wie der Vergewaltigung oder überhaupt der Gewalt gegen Frauen zu Leibe rücken, wenn betroffene Frauen, wie dies in vielen Gesellschaften der Fall ist, die Erfahrung machen, dass man ihnen bei der Polizei ohnehin nicht glaubt. Das Erlebte fällt dann wie ein Bumerang auf sie zurück, und sie stehen im Nachhinein noch schlechter da als vorher, weil sie vielleicht ihre Familien unabsichtlich in ein schlechtes Licht gerückt haben, ohne dass sie mit ihrem Anliegen weitergekommen wären. Ein solcher Vorgang kann kafkaeske Züge annehmen, man läuft gegen Mauern, manchmal auch gegen Gummiwände, und prallt immer zurück. Die Lösung für dieses Problem ist sozusagen von ergreifender Schlichtheit: Wir brauchen mehr Frauen, die als Polizistinnen, als Rechtsanwältinnen, als Beraterinnen tätig sind, und wir brauchen niedrigschwellige Hotlines, die



es den Frauen ermöglichen, ihre Geschichten auch zu erzählen. Wir müssen also herauskommen aus der Angstzone, aus der Tabuzone, wo alles nur verschwiegen wird. Es ist in der Tat, glaube ich, der entscheidende Punkt, dass die Frauen stark gemacht werden. Dies gilt im Übrigen auch für Themen, die etwas mit Religion zu tun haben, also für das Thema Religion und Gewalt. Auch hier können Frauen eine entscheidende Rolle spielen. Bei der Interpretation religiöser Grundlagentexte haben Frauen traditionell eine marginale Rolle gespielt. Es gibt aber Ausnahmen. Die feministische Theologie ist immer noch ein eher kleines Gewächs, aber es gibt sie mittlerweile selbst im islamischen Kontext, es gibt sogar Ansätze von Queer-Theologien im islamischen Kontext. Das ist noch sehr exotisch, aber genau das müssen wir unterstützen, auch um die Sensibilität zu erhöhen, neue Lebenswelten zu erschließen und Potentiale auszuschöpfen. Ich wünsche mir einen Feminismus, der kultur- und religionssensibel ist. Alice Schwarzer repräsentiert dies aus meiner Sicht nicht auf ideale Weise, um es einmal vorsichtig auszudrücken. Denn wenn man Klischees dekonstruieren will, muss man auf allen Ebenen ansetzen und muss auch immer die gesamte Agenda zusammenhalten. Nur umgekehrt ist auch klar: Wenn man bei Themen wie dem Schutz religiöser oder ethnischer Minderheiten oder dem Kampf gegen den Hass auf bestimmte Religionen oder generell Hasspropaganda erfolgreich sein will, muss man die Genderperspektive systematisch mit einbeziehen. Dabei kann man sich auch auf die UNO berufen. Vielleicht sollten wir wieder neue T-Shirts mit

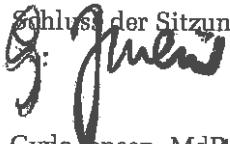
der Zahl 1325 drucken. Ich würde auch eines tragen, wenn ich darf. Dankeschön.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank, Professor Bielefeldt. Ich habe tatsächlich ein solches T-Shirt bei mir zu Hause. Noch ist es also nicht aus der Mode gekommen. Wir können ja mal überlegen, wie wir damit umgehen wollen. Ich möchte mich ganz herzlich bei Ihnen bedanken, bei allen Sachverständigen für Ihre Auskünfte – und auch für Ihre ganz persönlichen Geschichten und Eindrücke – und bei den Kolleginnen und Kollegen, die so interessante Fragen gestellt haben. Vielleicht können wir als Botschaft mitnehmen, dass Kommunikation eine große Rolle spielt – nicht nur dabei, wie wir über Religion oder Religionsfreiheit oder über Menschenrechte sprechen, sondern auch dabei, wie wir übereinander oder besser miteinander sprechen sollten. Bildung ist das zweite Thema, und ich glaube, diese Anhörung hat auch dazu gedient, dass wir uns als Abgeordnete ein Stück weit fortbilden konnten. Ich würde mich freuen, wenn dies dem Ausschuss einen Anstoß dazu geben würde, häufiger Anhörungen durchzuführen und vielleicht nicht nur eine in jedem Halbjahr, sondern vielleicht öfter und gezielt zu bestimmten Themen. Herzlichen Dank. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Abend. Kommen Sie gut wieder in Ihre Wirkungsbereiche zurück. Und für die Kollegen: Bis morgen im Plenum.



Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre
Hilfe

Schluss der Sitzung: 18:08 Uhr


Gyde Jensen, MdB
Vorsitzende